

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adlestr. Nr. 16 b.
Telephonruf: Nr. 3892.

Insertate für Stellensmittlung
Preis der sechsspaltigen Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **349500** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Reichstagswahlen.

Die Reichstagswahlen vom 25. Januar haben mit einer schweren Niederlage der Sozialdemokratie abgeschlossen; zur Zeit, da wir diese Zeilen schreiben, läßt sich der Ausgang der Stichwahlen noch nicht annähernd sicher voraussagen. Es ist möglich, daß sich die Zahl der sozialdemokratischen Mandate nicht unbedeutend vermehrt, möglich aber auch, daß nun die verkehrte bürgerliche Wählerschaft in einer Art Taumel gegen die rote Partei nochmals vorstürmt, um ihre Niederlage vollständig zu machen. Der Ausgang der ersten Schlacht kam nicht nur der Sozialdemokratie, er kam auch den Gegnern, vom Reichskanzler bis zum letzten Anhänger der famosen Partei der Nichtwähler überraschend. Gewiß gab es in den Reihen der Dreimilionienspartei nachdenkliche Bestimmten, die sich des Sturmes von 1887 zu gut erinnerten, um auf einen Riesenerfolg zu rechnen; aber andere, denen man wohl ein Urteil zutrauen darf, sahen die Sache viel hoffnungsreicher an und prophezeiten dem Bülowkurs eine zerschmetternde Niederlage. Die Stimmung in den sozialdemokratischen Wählerversammlungen schien ihnen denn auch durchaus recht zu geben; niemals zuvor waren unsere Redner von solchen Massen aufmerksamer und begeisterter Zuhörer umlagert, niemals zuvor wurden ihre Worte mit so ungeheurem Beifall aufgenommen. Durfte man da nicht annehmen, daß diese kampfgeschulte und hingebende Masse mit ihrer Schwungkraft weite Kreise der Minderbemittelten fortziehen werde? Und doch ist es nicht geschehen! Von 237 endgültigen Hauptwählergebnissen sind nur 29 für die Sozialdemokraten als Gewinn zu rechnen, die Hälfte ihrer Erfolge vom 16. Juni 1903 liegt auf der Wahlstatt und ihre Gegner haben bereits 208 Mandate zu verzeichnen. Die sozialdemokratische Fraktion wird höchstens 40 bis 50 Mann stark in den Reichstag zurückkehren und beklagt mit dem Mandatsverlust auch den Verlust vieler tüchtiger Arbeitskräfte, die sie schwer vermissen wird.

Es ist natürlich, daß sich in der Schar der Besiegten das brennende Verlangen regt, den Ursachen des Unerwarteten nachzuspüren, zu sehen, warum wir diese „Möglichkeit“ haben über uns ergehen lassen müssen. Der Überlieferung der Partei entspricht es durchaus, daß dabei nichts verheimlicht, nichts beschönigt wird, und daß jedermann seine Meinung offen kundgibt. Auch wir haben die Absicht, zu sagen, was uns zu sagen wichtig erscheint. Aber bevor wir daran gehen, mögen einige Vorbemerkungen gestattet sein. Wichtig erscheint uns vor allem die Mahnung, der äußeren Niederlage der Partei nun nicht die innere Zerfleischung folgen zu lassen. Wie auch immer die Stellung der einzelnen Mitglieder zu einzelnen Lehren des Sozialismus, wie ihre taktischen Ansichten sein mögen: in Wahrheit haben alle ohne Ausnahme tüchtig gearbeitet und dürfen auf die ehrlche Würdigung ihrer Meinung begründeten Anspruch erheben. Wir verwahren uns von vornherein gegen jede wie immer geartete Ketzereien und hoffen dabei, die übermächtige Mehrheit aller erprobten Mitkämpfer auf unserer Seite zu haben. Mit leeren Schlagworten, wie „Radikale“ und „Revisionisten“, ist nun lange genug grober Unfug getrieben, zu lange schon sind natürliche Meinungsunterschiede zu „prinzipiellen“ Differenzen aufgebaut worden, als daß dem nicht endlich entschlossener Halt geboten werden müßte. Ferner läßt sich ein klares Urteil über das, was ist, nur dadurch gewinnen, daß die Kritiker sich vor dem Verallgemeinern hüten: wichtig zu wissen ist, was der einzelne in seinem kleinen Kreise erfahren und gesehen hat; das sollte zunächst erst einmal aufgeschrieben und der allgemeinen Erörterung unterbreitet werden. Nachher ist es dann an der Zeit, die Summe aus diesen Einzelerfahrungen zu ziehen und allgemeine Urteile zu formen. Gehen wir auf diesem Wege vor, dann vermeiden wir Absonderlichkeiten, wie die, daß man am Tage nach der Niederlage auf einmal wieder den Geschmack an — Parlamentarismus verloren hat oder einer „Stabilisierung unserer Taktik“ das Wort redet, womit nämlich ganz und gar nichts gesagt ist.

Wenn der Schreiber dieser Zeilen, der in sehr weit auseinanderliegenden Gebieten Deutschlands in den Wahlkampf eingegriffen Gelegenheit hatte, nunmehr an die Darstellung seiner eigenen Erfahrungen geht, so muß er zunächst die Konstatierung der Tatsache vornehmen, daß seine zahlreich besuchten Versammlungen in den meisten Orten nur oder fast nur von bereits überzeugten und der örtlichen Parteileitung bekannten Sozialdemokraten besucht waren. Es fehlte in einem empfindlichen Maße der Zustrom aus den indifferenten Schichten und aus den Lagern der Gegner. Nur an wenigen Stellen kam es zu wirklichen Debatten mit halbwegs gerüsteten Gegnern; jenseits bewegten wir uns im Kreise herum und überzeugten immer aufs neue die bereits längst Überzeugten. An den Gegnern redeten wir vorbei. Das hat gewiß keine kleinen Vorteile, denn man kann einen Feind, der nicht da ist, am leichtesten und völlig schmerzlos niederhauen. Aber es fragt sich doch sehr, ob die Sache dabei gewinnt. Sollte unsere Erfahrung auch von anderen Agitatoren gemacht worden sein, so ließe sich damit die Behauptung rechtfertigen, daß uns die „Mittläufer“ diesmal ferngeblieben seien. Ja, die „Mittläufer“. Manchen Parteigenossen scheint geradezu eine Reintiererei vom Herzen gefallen zu sein, weil das Mittlaufen aufgehört habe, und man hört stolze Worte, wie dieses: „Was jetzt tot gestimmt hat, das ist eine erprobte

Schar, die in keiner Not und Gefahr wanken und weichen wird.“ Auf diese schöne Deklamation scheint uns nur die eine Antwort zu passen: „Woher weißt du das?“ Es ist zur Stunde, wenn nicht überhaupt, vollkommen ausgeschlossen, über die Qualität der sozialdemokratischen Wählerschaft ein richtiges Urteil zu fällen. Nur soviel läßt sich sagen, daß sie sich ganz überwiegend aus Industriearbeitern zusammensetzt, ohne aber auch nur annähernd deren Zahl erschöpft zu haben. Da erhebt sich von selbst die Frage, ob diese Beschränkung auf das reine Industrieproletariat von der Partei bewußt unterzogen werden soll oder nicht. Die Meinungen gehen, jetzt wie auch früher, darüber auseinander. Wir wollen hier keinen Versuch der Versöhnung dieser Meinungen machen, aber unsere Ansicht nicht zurückhalten, daß sich der Klassenkampfstandpunkt sehr wohl mit einer zielbewußten Ausdehnung der sozialistischen Propaganda weit über die Kreise des Industrieproletariats vertragen. Hier kommen offenbar viele Verwechslungen von Dingen vor, die nicht miteinander zu tun haben. In Summa: Es scheint uns angebracht, daß wir wieder mehr die Gelegenheit zu öffentlichen Diskussionen mit den Gegnern suchen sollten und jede Möglichkeit der schriftlichen und mündlichen Propaganda auszunutzen verpflichtet wären.

Die zweite Erfahrung ist die, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung, und zwar auch solchen, die sich offen zur Sozialdemokratie bekennen und ihr ihre Wahlstimme zuwenden, die Probleme unseres politischen Lebens nicht genügend bekannt sind. Es fehlt an systematischer Durcharbeitung dieser Scharen durch lehrhafte Vorträge und Verbreitung populärer Schriften. Das hat die Partei ja auch schon öffentlich anerkannt, indem sie die Parteischule errichtete und den Bildungsausschuß einsetzte. Hier sind gewaltige Aufgaben zu lösen, und sie müssen rasch gelöst werden. Die von den Bildungsquellen abgeschlossenen Massen der Minderbemittelten sind für jede Bemühung auf diesem Gebiet ganz außerordentlich dankbar; aber es geschieht viel zu wenig für sie. In Wahlzeiten läßt sich das natürlich nicht nachholen: Vorarbeit sei das Lösungswort!

Womit haben nun die Gegner den tiefsten Eindruck zu erwecken gesucht und wohl auch gewußt? Ein Blick auf die Flugblätter und die Referate lehrt es. Zuerst mit der „nationalen Phrase“. Die Tätigkeit des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie hat uns unerschöpflich Schaden zugefügt. Seine Sendboten sind mit der großen Panthe der „patriotischen“ Entrüstung landauf, landab gezogen und haben zahllose Indifferente aufgeschreckt, die nie Gelegenheit hatten, die Stellung der Sozialdemokratie zum Vaterland, zur Landesverteidigung, zu Heer und Flotte kennen zu lernen. Wir hätten ein machiames Auge darauf haben und dem Treiben schon beizeiten viel energischer entgegenzutreten sollen. Man kann über die alkoholisierte Begeisterung der Kriegervereiner spotten, aber man darf ihre verhängnisvolle Bedeutung nicht unterschätzen. Wir müssen an diese Leute herantreten und ihnen klar machen, warum wir so handeln, wie wir handeln, und warum wir gar nicht anders handeln können.

Neben der „nationalen“ Phrase sieht man dann immer und immer wieder auf die Behauptung, die Sozialdemokratie erschöpfe sich in der Negation und habe besonders für die Arbeiter gar nichts geleistet. Der Reichskanzler Bülow hat den Ton bei diesem Konjunkt angegeben, was er aus freier Faust behauptete, wurde in allen Flugblättern, allen Versammlungen, bis zur Bewusstlosigkeit wiederholt. Die Behauptung ist falsch, böswillig erfunden. Die Sozialdemokratie ist, wie nicht nur ihr Programm, sondern auch ihre Geschichte sonnenklar erweist, eine Partei der positiven Reformarbeit, mittels deren sie ihr Endziel anstrebt. Aber es ist mehr als wichtig, es ist direkt notwendig, daß sie das im Volke viel mehr als bisher bekannt macht. Heute dürfen es die strupellosten Durschen vom Reichsverband wagen, mit unserer Verwerfung des Budgets in der Schlussabstimmung alle die wichtigen Einzelabstimmungen der Fraktion einfach totzuschlagen. Die zahllosen Anregungen, Verbesserungen, Rettungen und Abwendungen, durch die unsere Partei sich unschätzbare Verdienste um die Entwicklung unserer Zustände erworben hat, werden mit unverfrorener Dreistigkeit aus der Welt gelogen. Sollte man es glauben, daß heute noch die Abstimmungen gegen die Mehrzahl der sozialen Gesetze eine der schärfsten Waffen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bilden? Den Gefallen tun uns die Gegner natürlich nicht, auch die Begründungen für diese Falschung anzugeben oder zu verraten, in welchen Punkten wir Verbesserungen angeregt und durchgedrückt haben. Auch hier muß wiederum der Kampf gegen den Unverstand der Massen viel energischer geführt werden. Und nicht erst in Wahlzeiten — wie man nicht oft genug wiederholen kann. Sodann aber sollten wir selbst mit größerem Nachdruck als bisher auf unsere positive Arbeit — Reformarbeit, wie man sie zuweilen nennt — hinweisen; manchmal kommt es einem so vor, als ob einzelne Parteigenossen geradezu des Glaubens wären, wir hätten uns solcher Tätigkeit wenn nicht zu schämen, so doch wenigstens nicht zu rühmen. Rein, heraus mit der Sprache! Aufzeigen wollen wir, was wir im Reich, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden, nicht nur für die Arbeiter, sondern für die Gesamtheit geleistet haben. Wir haben Kulturarbeit geleistet, Kulturwerte geschaffen und dürfen uns dessen auch rühmen. Nur nicht das Wort unter den Scheffel stellen! Hier ist ein Feld, vor allem für die Gewerkschaften. Die können für Belehrung sorgen, Aufklärung verbreiten! Im kommenden Reichstag dürfte — wenn solche Voraussetzungen gestaltet sind — die sozialdemokratische Fraktion das schärfste Bedürfnis empfinden, gerade auf dem Gebiet der Arbeitergesetzgebung und der Arbeiterversicherung eine eifrige Tätigkeit zu entfalten; daneben wüßten aber auch die allgemeinen Kulturfragen ausgiebige Vertretung finden. Das kann nicht ohne Wirkung bleiben.

Schließlich: die wirtschaftliche Hochkonjunktur hat den Gegnern der Sozialdemokratie das Unerwolltliche der Fleischnot und des Brotmangels erheblich erleichtert. Man kann annehmen, daß eine Wirtschaftskrise in nicht allzuferner Zeit die Wahrheit unserer Behauptungen den breiten Massen nur allzu empfindlich klar machen wird. Bülow hat das auch gewußt. Daher der „Konflikt“! Aber wir müssen so gestellt sein, daß die jeweilige Konjunktur ohne erhebliche Einwirkung auf unsere Werbekraft ist. Also wiederum: Aufklärung über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, lähe und gebuldige Erziehungsarbeit.

Alles das wird uns nicht über die schreiende Ungerechtigkeit der heutigen Wahlkreisenteilung hinwegbringen. Aber es wird doch Überraschungen wie die vom 25. Januar für die Zukunft unmöglich machen. Es sind durch unsere Niederlage eine ganze Reihe tüchtiger Kräfte vom Mandat — man darf wohl sagen — „befreit“ worden; sie können und müssen eine wertvolle Unterstützung der parlamentarischen Arbeit durch eine unablässige Agitation nicht nur in den großen Städten, nein, auch auf dem Lande, verleihen. Dann wird die Scharte schon bald wieder ausgewetzt sein. — So sehen wir die Dinge an. Nun mögen andere sagen, wie sich ihnen die Sachlage darstellt. Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beide.

Ernst Abbe als Sozialpolitiker.

Abbe forderte zugunsten der Arbeiter (der Vortrag fand im März 1888 statt) die Fortbildung der Reichsgewerbeordnung und der Arbeiterschutzgesetze zu einem wirklichen Arbeiter- und Unternehmerrecht, das das Verhältnis zwischen selbständiger und unfelbständiger Arbeit auf allen Gebieten der Wirtschaftstätigkeit unter Gesichtspunkten öffentlichen Rechtes regelt — nach der persönlichen Seite hin den unfelbständigen Arbeiter sichert gegen den Mißbrauch seiner Abhängigkeit zur Beschränkung seiner persönlichen und bürgerlichen Freiheit — nach der wirtschaftlichen Seite hin jede dem Gemeinwohl schädliche Ausnutzung der Volkskraft verhindert und im besonderen den Unternehmerr Gewinn haftbar macht für Erfüllung sozialer Pflichten, die aus dem wirtschaftlichen Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter sich ergeben.

In der daran geknüpften Begründung betonte Abbe zunächst die Notwendigkeit der Unterordnung des einen Teiles in bezug auf alles, was seine Arbeitstätigkeit betrifft, unter den anderen Teil, der zur Organisation und Leitung der Arbeit berufen ist, eine Unterordnung, die mancherlei Einschränkungen individueller Freiheit unerbittlich macht. Aber davon abgesehen, ist dieses Verhältnis ein rein bürgerliches Vertragsverhältnis, in dem Leistung und Gegenleistung sich völlig beding und keinerlei Rest zwischen sich lassen, der durch etwas anderes als durch Arbeit oder Bezahlung ausgeglichen werden müßte — also von den Arbeitern etwa durch persönliche Dankbarkeit, Unterordnung oder Rücksichtnahme außerhalb seiner Arbeitstätigkeit.

In weiten Kreisen der Herrschenden in Deutschland steht dieser Auffassung eine ganz andere Meinung noch entgegen, die den Arbeiter aus den Untertan des Unternehmers betrachtet und als Motto dieses Verhältnisses den Satz aufstellt: „Was Brot ich esse, das Vieh ich fang.“ Was ist aber die Wirkung solcher Ansätze des Unternehmertums den Arbeitern gegenüber? fragt Abbe und er antwortet: „Sie tritt überall klar zutage als persönliche Verschärfung des in dem Verhältnis selbst liegenden Interessengegensatzes. — Es gehört der angeborene Hochmut des Junkers oder der erworbenen Dünkel des Progen dazu, nicht sehen zu können, daß die Tausende, die in rühmigen Mittel ihre tägliche Arbeit im Dienste von Unternehmern verrichten, nicht etwa Menschen einer inferioren Klasse sind, sondern Glieder desselben Volkes, denen nichts weiter fehlt, als daß ihre Väter nicht reich genug waren, sie sechs oder acht Jahre länger auf der Schulbank zu belassen; dann würden sie alles, was jetzt ihre Vorgesetzten zu leisten haben, im Durchschnitt ebenso gut tun können — etliche von ihnen aber noch viel besser. Leuten gegenüber, die doch nicht so dumm sind, solches nicht selbst zu wissen, muß die Anforderung von Notmässigkeit und Gehorsam notwendigerweise zum Erfolg haben: bei den Parteien widerstandsfähigen Naturen Erbitterung und grimmigen Haß, bei den schwachen aber Heuchelei oder Knechtsinn. — Ich betrachte es als ein wahres Glück für das deutsche Volk, daß es in seinen unteren Schichten noch eine genügende Zahl von solchen enthält, die auf jene Zumutungen reagieren müssen mit Erbitterung und Haß. Denn viel schlimmer als dieses akute Gift ist für die Volkseele das schleimende Gift der Gewöhnung an Heuchelei und Knechtsinn. Kein Volk hat eine ehrenvolle Stellung unter den Völkern behaupten können, wenn seine Einrichtungen dazu führten, die Bediententugenden bei sich zu züchten, Gehorsam und Unterwürfigkeit. Und die, die der Sozialdemokratie gegenüber mit Vorliebe die „idealen Güter“ auspielen, sollen besonders bedenken, daß es für jeden, auch für den schlichten Arbeiter, eines von den idealsten Gütern ist: sich nicht als Knecht eines anderen fühlen zu müssen.“

Das sind geradezu goldene Worte, wenn sie auch nichts neues besagen, goldene Worte, die Abbe als einen reinen, gefestigten und konsequenter Demokraten erscheinen lassen, der für das ganze Volk die wahre Demokratie, die Gleichberechtigung aller Menschen in Tat und Wirklichkeit, nicht nur in der Theorie, wie so viele „bürgerliche Demokraten“, wollte. Der Verzicht auf sein Niehervordringen und die Gründung der Stiftung — einer Genossenschaft — waren die ideale Übertragung seiner theoretischen Anschauungen in die Praxis. In seinen weiteren Ausführungen über den Arbeiterschutz gelangte Abbe zu dem Vorschlag, in die Reichsgewerbeordnung einen Paragraphen aufzunehmen, der kategorisch vorschreibt, neben den sonst durch Entschlüsse bekannt zu machenden, viel wichtigeren Be-

Schriften müsse in jedem Raume in Stadt und Land, in dem un-

selbständige Arbeiter im Dienste irgend eines Unternehmers verkehren,

Abbe betrachtet den Konkurrenzkampf in der kapitalistischen

Die Wirkungen, die die Ausbreitung der organisierten Arbeit-

Die Kritik, die Abbe an der privatrechtlichen Produktion

La journée des dunes.

Unter dieser Überschrift gliedert der Wochenplakatier des Ham-

La Journée des dunes.

Das ist die Befreiung! Sie wird sich selbst in die

bestehende Wirtschaftsordnung. Sie würden also Selbstmord ver-

„Berechtigte Bestrebungen.“

W. H. Im Kampfe der aufstrebenden Arbeiterklasse gegen Kapital

Schlagende Beweise für diese Behauptung liefern uns die „Ver-

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft (mit Ausnahme der

Zurechnung ist es oft zu beobachten, welche Wege die Justiz

Das Gericht verzichte die Verfassung der Befragten, die Ju-

Im Anhangemer steht das ein: Belegen und betrogen. Du hast's gemacht! Gehst du nicht?

liegen muß, daß eine Arbeit, die in einem Betrieb infolge einer Lohn-

Arbeiter, die mit Streikbrechern nicht zusammen schaffen wollten,

„Erfahrungsgemäß werden bei Lohnkämpfen auch die berechtigten

Die Arbeiter erkennen wohl gleich, daß es sich bei dem Urteil

Dieses „Recht“ mit dem Janusgesicht, dieses Klassenrecht

Wie ist es denn mit den Tarifverträgen? Wenn es den Scharf-

einmal besonders verteuern! Sieh zu, wie du mit deinem Haus-

solten die Arbeiter ganz davon abkommen, ihren Ausbeutern die Ausbeutung als unredlich nachweisen zu wollen. Es ist das vergebliche Bemühen, die Zeit kann besser darauf verwendet werden, die Stärke der Organisationen zu prüfen und den eigenen Verband auszubauen. Überhaupt sollte man an Stelle des Wörtchens „berichtigt“ das Zauberwort Macht oder Organisation setzen. Im Klassenstaat sind die Rechte Fragen. „Strebt nach der Macht, so hab' ihr das Recht.“ Alle gesellschaftliche und staatliche Macht beruht nicht auf irgend einer imaginären Rechtsidee, sondern auf Organisation. Der Staat, die Unternehmer, alle haben ihre Macht wegen ihrer bis ins kleinste ausgeführten und stetig und unablässig beaufsichtigten Organisationen. Wir müssen alles tun, um die Organisation der uns feindlichen Klasse zu schwächen, weil wir dadurch unsere eigene, die Arbeiterklasse stärken. Es ist nicht verkehrt, als im Losen des Klassenkampfes theologische Rechtsregeln für alle Klassen aufstellen zu wollen.

Nach obigen Darlegungen kann es im Klassenstaat keine allgemeine Moral und kein allgemeines Recht geben. Als Recht wird immer von den Angehörigen einer Klasse das angesehen, was eben dieser Klasse nützlich ist. Das Rechtsempfinden der Arbeiter ist aber das einer aufstrebenden Klasse und deshalb höher zu werten als absterbende Rechtsnormen.

Resümieren wir: Bei Arbeiterbewegungen sind alle Forderungen berechtigt, die im Klasseninteresse des Proletariats liegen, indes ist die Hauptfrage zu stellen: Sind die Forderungen nach Lage der Machtverhältnisse zurzeit durchführbar? Oder ist die Organisation vorher genügend zu stärken? Und darum nochmals: „Strebt nach der Macht, so hab' ihr das Recht!“ Ginein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Die Hirsch-Dunderschen und die Reichstagswahlen.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

In einer der letzten Nummern der Metallarbeiter-Zeitung heißt es am Schlusse eines Artikels „Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und die Reichstagswahlen“: „Es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn der Gesundungs- und Regenerationsprozeß innerhalb der deutschen Gewerksvereine bei den Wahlen dadurch in die Erscheinung treten würde, daß die Hirsche von ihren Führern“ aufgefordert würden, nicht nur für die alles Arbeiter schützende innerlich abholben Freisinnigen, sondern sogar für die nationalliberalen Scharfmacher Beumer, Franken o tutti quanti die Stimme abzugeben.“

Anknüpfend an diese Bemerkung möchten wir kurz auf die Vorläufer bei der Reichstagswahl in Bochum eingehen. In diesem Rheinwahlkreis ist von der sozialdemokratischen Partei-unter Kollege Otto Hue, der den Wahlkreis während der letzten Legislaturperiode vertrat, wieder aufgestellt worden. Hue ist mit Geschäft und Tatkraft für die Interessen des Wahlkreises, besonders der Bergleute und der Hüttenarbeiter, im Reichstag und außerhalb desselben tätig gewesen. Das wird allgemein anerkannt. Bekannt ist, welche großen Eindruck sogar bis in die Reihen der Konservativen hinein die große Rede Hues im Reichstag über die Lage der Arbeiter in Hütten- und Walzwerken hervorgerufen hatte. Ein Antrag wurde angenommen, wonach die Verhältnisse in der Schwerindustrie amtlich untersucht werden sollen. Beumer, der Unternehmeragent, machte sich mit seiner von Sachkenntnis nicht getriebenen Entgegnung nur lächerlich. Den Scharfmachern der Metallindustrie lag die Tätigkeit Hues natürlich schwer im Magen und man machte alle Anstrengungen, Hue aus dem Wahlkreis Bochum wieder zu verdrängen. Zu diesem Zwecke gaben die Unternehmer die Gelder an die nationalliberale Parteileitung, um neben einem Generalsekretär sieben Parteisekretäre für den einen Wahlkreis anstellen zu können. Diese Sekretäre sind eine sehr gemischte Gesellschaft. Einige davon sind „organisiert“, zum Teil „christlich“, zum anderen Teil bei den „Hirschen“. Ein frommer Hirsch-Dunderscher nationalliberaler Parteisekretär stellte in öffentlicher Versammlung seinen eigenen Vater als Trunkenbold hin, der Sozialdemokrat sei. Gut ab vor dem „Schreemann“!

In Versammlungen, Flugblättern und in der Kreisblattpresse begann die Schimpfkanonade aus dem Kataklysmus des Reichstags-Lügenverbandes wider die Sozialdemokratie. Auf die „geistigen“ Ergüsse pappte das Wort Heines aus der „Disputation“ zwischen Rabbi und König: „Jedes Wort war ein Nachtopf, und kein leerer.“ Ihren früheren Kandidaten Franken ließen die Nationalliberalen fallen und stellten einen angeblich außerordentlich arbeiterfreundlichen Oberbürgermeister, Haarmann von Witten, auf. Der Mann gab sich als harmloser Philister, es wurde ihm aber in der Presse nachgewiesen, daß er zum Beispiel bei der Fachsenküllungsfrage die Interessen der Rirdorf, Stinnes u. s. w. vertreten habe. Zudem besaß der Name „nationalliberal“ für jeden ehrlichen Arbeiter, der nicht geradezu ein Brett vor dem Kopfe hat, Übergewicht. Natürlich sagt der Volk, wenn er freundlichen Gesichtes sich den Schafen naht, diesen nicht, daß ihm noch der Knochen vom letzten Fraße im Rachen steckt.

Nun erschien am letzten Tage vor der Wahl in national-liberalen Blättern des Wahlkreises Bochum folgendes Bekanntnis einer schönen Hirschenseele:

Michel, zieh' die Schiebel an, laß die Schlappschuh' stehen, Raub' heut' — auch bei diesem Dreck — einmal wählen gehen. Michel, heut' geht's um die Würcht! Laß sie dir nicht nehmen, Raub' — nachher — für deinen Würcht viel, viel Bier dir zähmen. Ganz, Michel, kriß recht gut — mach' nicht viel Gefisse — Auf den Jesuwitertut, auf die rote Müße. Steber Michel, komm', sei brav, 's geht dir in die Kieren; Willst vor aller Welt als Schaf du dich heut' blamieren? Michel, zieh' die Schiebel an mit den Doppelhaken, Sonst soll dich der Schwärze und dem der rote haken! Bringst dein Reichstagsstimm' diesmal du in sichern Hafen, Darf'st du bis zur nächsten Wahl — wieder weiterfahren.

Der John ist mit Händen zu greifen! Aber Michel hat für ein Kompliment genommen, was grimmige Verpötlung ist, und hat die Schiebel' angezogen. Weiterfahren' kann er jetzt, fünf Jahre lang. Er braucht sich nicht zu bemühen. Die edlen Herren von Dummheit und Schnodderwitz werden ihn während dieser Frist gewöhnlich die Taschen fegen, und er wird sich, wenn er in fünf Jahren anschwärzt, ungenügend erleichtert fühlen, ungefähr so, wie ein Schaf, das geschoren ist. Nur die Schafseile des Gedichtes bedürfte einer kleinen Korrektur, so:

Sonst vor aller Welt als Schaf heute dich blamieren! Sollst dir nicht es, stinmt ganz genau! Michel hat sich die „Würcht“ gewahrt, „Syr“ und „Gut der Nation“. Die ist gefalzen! Summ cinque! sagen die Preußen. — Jedem das Seine. Michel hat jetzt seinen Reichstag, und wenn... (text continues with a similar style)

Achtung! Hirsch-Dunderscher Gewerksvereine!
Die Provinzialleitung der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine erklärt an die örtlichen Organisationen folgendes Mandat: Werte Kollegen! Herr Dr. Haarmann-Witten hat, von mir interpelliert, folgende Fragen grundsätzlich mit ja beantwortet: Er ist für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, er ist für ein freies Press-, Vereins- und Versammlungsrecht, er ist für die Sicherstellung und den Ausbau des Koalitionsrechtes aller Arbeiter ausschließlich der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, er ist für den Ausbau des Arbeiterschutzes und für die Fortsetzung der Sozialpolitik. Im übrigen gibt er die Versicherung ab, daß er das Wohl der unteren Stände fortgesetzt im Auge behalten werde. Da wir als Gewerksvereiner keine Veranlassung haben, unsere Gegner, die uns fortwährend bekämpfen, bei der Wahl zu unterstützen, habe ich diesen Weg eingeschlagen und ersuche hieron soweit noch Kenntnis zu nehmen, dann mögen unsere Kollegen erst wägen, dann wählen, im übrigen sich aber ihrer Pflicht bewußt sein und bleiben. Mit kollegialem Gruß!

Wilhelm Bongers.

Der Unterzeichner dieses Glaubensbekenntnisses, Wilhelm Bongers, ist der Geschäftsführer des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Bochum. Zwar hat man nicht recht die Kurage, offen zu sagen, was man will; aber:

Wird erst die Sünde geboren,
Wird sie heimlich zur Welt gebracht,
Und man zieht den Schleier der Nacht
Ihr über Augen und Ohren,
Wächst sie aber und wird sie groß,
So geht sie auch bei Tage bloß,
Und ist doch nicht schöner geworden.

Man beachte dabei: Die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter haben jetzt das Koalitionsrecht, sie können nicht bestraft werden, wenn sie streiken, der nationalliberale Kandidat jedoch, für den einzutreten den Gewerksvereiner nahegelegt wird, will das Koalitionsrecht für die Staatsarbeiter abgeschafft wissen. Auch hat der nationalliberale Kandidat der Zeichen- und Walzwerkunternehmer, Haarmann, christlich organisierten Arbeitern gegenüber erklärt, „er könne es den Unternehmern nicht verdenken, wenn sie nicht mit fremden Vertrauensleuten der Arbeiter verhandeln wollten.“ Wahrscheinlich, die Führer der Hirsche müssen ihre Mitglieder äußerst gering einschätzen, wenn sie ihnen eine derartige Zustimmung glauben bieten zu können, ohne sofort von einem Sturm des Unwillens weggeführt zu werden.

Und man beachte ferner: Unser Kollege Hue hat, indem er für die Walzwerkarbeiter eintrat, vorwiegend die Interessen der im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein „organisierten“ Kollegen vertreten, weil der Gewerksverein seit jeher prozentual mehr Mitglieder unter den eigentlichen Walzwerkarbeitern, Walzern, Puddlern, Schweißern, hatte, wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der vorerst die gelernter Arbeiter umfaßt. Trotz alledem wollte man bei den Hirschen den traurigen Ruhm nicht fahren lassen, Arm in Arm mit den Scharfmachern Hue aus dem Wahlkreis Bochum und aus dem Reichstag zu verdrängen. Und da „entrißten“ sich solche bössartigen Partei, wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht mit ihnen zusammen arbeiten will!

Es sei auch noch darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie die Forderung der Proportionalwahlen zu den öffentlichen Körperschaften vertritt, so daß auch die Hirsche eine entsprechende Vertretung im Reichstag nur nach einer Stärkung der sozialdemokratischen Fraktion erwarten könnten. Die „einzig wirklich neutrale Berufsorganisation aller Metallarbeiter“ zeigt sich wieder einmal in aller Glorie! Die nationalliberale Hirschenpolitik, so schofel sie auch ist, wird aber doch nur sein „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“.

Aus Stettin, datiert 31. Januar, wird uns geschrieben: Hier hat der Oberhirsch Wolf — berüchtigt durch seine erbärmlichen Schwindelereien bei der vorjährigen Lohnbewegung in Torgelow — mehrfach zur Wahl der „liberalen“ Kandidaten aufgefordert. Das selbe dürfte der Mann im übrigen Teile seines Bezirkes (Pommern und Mecklenburg) gemacht haben. Wenn man sich nun überlegt, was Heines Kinder diese „liberalen“ sind und wenn man die Situation am Orte betrachtet, so ist das tatsächlich ein Verrat an den eigenen Interessen des Gewerksvereins. Es kommen die beiden Wahlkreise Stettin und Randow-Greifenhagen in Betracht. In Stettin hatte 1903 unser Genosse Herbert das Mandat in der Stichwahl erobert, in Randow Genosse Körken in ersten Wahlgang. In Stettin ist diesmal der Genosse Herbert wieder in der Stichwahl mit dem „liberalen“ und daher, weil die Antisemiten den Ausschlag geben und allzuviel Reserven nicht mehr zu holen sind, die Antis auch (echt antisemitisch) für den liberalen stimmen wollen, den sie sonst als Juden am liebsten mit Haut und Haaren verpfeifen möchten — daher, sagen wir, ist es sehr schwer für Herbert, das Mandat zu halten. Ob der Herr Dohrn aber „astrein“ ist, ob er gegen das Antigenossenschaftsgesetz stimmen wird, ob er sonst allzuweiche liberale, das heißt wirklich liberale Amandierungen hat, das ist sehr sehr stark in Zweifel zu ziehen, und es ist also das Eintreten der

halten, wenn wir es geben. Abziehen werden wir es dir nachher, bei passender Gelegenheit!

Eine uralte Sage erzählt, daß einem König von einem seiner Untertanen ein eherner Ochse zum Geschenk gemacht worden sei, so konstruiert, daß, wenn man darin einen Menschen lebendig rührte, dessen Schmerzgefühl wie Döhsengebrüll klang. Der König war außerordentlich dankbar für das sumerische Geburtsdagsgeschenk und probierte es gleich, indem er den loyalen Erfinder darin braten ließ. An die Sage erinnere ich mich heute. Der eherner Ochse ist der neue Reichstag; sein Gebrüll ist modern modifiziert: Hurra, hurra, hurra! Und der dieses Ochsen geschenkt hat, der sumerische Michel mit der Schlafmütze, wird sein bei langsamem Feuer gebraten...

„Geschicht' ihm schon recht!“ So brüht' ich in den ersten Morgenstunden des 26. Januar, als Telegramm auf Telegramm den „Stieg der Mischelei“ meldete. „Geschicht' ihm schon recht!“ Gole ihn der Teufel! Aber — aber — daß wir nun mit leiden müssen, wir, die wir unsere Schuldigkeit getan haben, wir, die die Ehre Hamburgs wahren, das ist bitter!

Wir in Hamburg?! 113000 Hamburger — merke dir die Zahl! — 113000 Hamburger haben sich Klipp und Kar zur roten Internationale bekannt. 118000 Klassen- und zielbewußte Männer! Keine Kitzler, keine Sympathisierenden. Sondern 118000 Sozialdemokraten, in der Masse tot gefährt! Verlaß auf alle, bis auf den letzten Mann!

Was sagen Sie zu Hamburg, fürstlicher Cancellario mit dem gebiegenen Italiensfuß? Nicht wahr, das ist eine grobe, eine dicke, eine ungeheuerliche Sprache, die diese 118000 Männer von der Besserlante reden? Bei der Hochzeit sind Sie Fürst geworden, für die Saugjungwahl werden Sie vielleicht Gerzog. Aber wenn Sie dann Ihr liebes, trauliches Floßbeck besuchen, dann machen Sie doch wohl einen Umweg. Denn die alte, ehrenreiche Hochburg der Sozialdemokratie, der Turm von Granitblöcken, mit 118000 Veteranen besetzt, ist zu massiv, als daß Gv. Durchlaucht daran, auch nur ein passant, eine Fremde haben könnte.

Hirsche, weil es hier auf jede einzelne Stimme ankommt, schon halber Selbstmord. Noch anders liegen die Dinge in Randow-Greifenhagen. Die „liberale“ Kandidatur war hier nur eine Pflanzkandidatur, aber eine Pflanzkandidatur von einer sehr großen Bedeutung. Wenn nämlich kein Liberaler aufgestellt worden wäre, hätte der Genosse Körken zweifellos, das beweist die Stimmenzahl, das Mandat im ersten Wahlgang erhalten. Also diese Kandidatur war einzig zu dem Zwecke aufgestellt, eine Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen herbeizuführen. Wer diesen Kandidaten unterstützt, der verhilft den Konservativen zum Mandat, und das hat Herr Wolf mit der ganzen „Kraft“ eines bloßen Konfusionspolitikers“ getan. Welch großen Wert die Regierung auf jedes konservative Mandat legt, ist bekannt, aber hier wird es vollkommen ad oculos demonstriert. Es ist für diesen einen Wahlkreis der Stichwahltermin schon am Sonnabend den 2. Februar festgesetzt, natürlich zu keinem anderen Zwecke, als unserer Agitation Abbruch zu tun. In dieser kurzen Spanne Zeit ist es natürlich nicht möglich, Unterstützung zu schaffen, und so wird hier der „Genie“streich des Wolf zum Verrat an den Interessen der Arbeiter im allgemeinen und des Gewerksvereins im besonderen, denn die Unterstützung der liberalen Kandidatur wird in Verbindung mit dem Abschneiden der Stichwahlagitation für uns dem Konservativen zu dem Mandat verhelfen! Wenn also im neuen Reichstag die Antigenossenschaftsgesetzgebung einsetzt, wenn die Konservativen den Gewerksvereinen den Fuß auf den Nacken setzen, dann kann sich Herr Wolf an die Brust schlagen und sagen: Dazu hat mit seiner „Neutralität“ der Gewerksverein seinen robblich Teil getan!

Über die Taktik bei Lohnkämpfen

entfällt der soeben erschienene Jahresbericht unserer Münchener Ortsverwaltung für 1906 einige sehr beherzigenswerte Bemerkungen. Es wird darin einleitend konstatiert, daß durch die Errungenschaften im Berichtsjahr alle die Befürchtungen widerlegt seien, die Kleinmütigen an die Vermeidung der Ausperrung im Jahre 1905 knüpfen. Der bayerische Industriellen-Verband sei gezwungen worden, das zugegeben, was er 1905 beharrlich verweigerte. Er habe die 57 fründige Arbeitszeit zugestanden, um derentwillen er 1906 den größten Kampf herauszufechen, den die Münchener Arbeiterbewegung jemals zu bestehen hatte. Und in unmittelbarem Anschluß hieran heißt es dann wörtlich:

Es ist dies ein weiterer Beweis für die Erfahrung, daß unsere Taktik, die Kämpfe nicht bis zum Weißbluten zu führen, richtig ist. Es mag hier wohl der Ort sein, einiges über unsere Taktik bei Lohnbewegungen zu sagen. Es ist nämlich unbestreitbar, daß viele Kollegen immer noch Anschauungen huldigen, die durch die Entwicklung unserer und der Organisation der Industriellen gänzlich veraltet sind. Die Zeiten, in denen man durch Überumpelungen den Unternehmern Zugeständnisse abringen konnte, sind dadurch, daß auch die Unternehmer ihre Taktik im Kampfe gegen die Organisationen der Arbeiter ausbildeten, endgültig vorüber. Wenn heute Forderungen gestellt werden, so ist es notwendig, daß alle Organisationen auf das Geschäftslage, das Machtverhältnis der beiden Organisationen auf das genaueste erwogen werden. Wo die Vorbedingungen des Kampfes nicht gegeben sind, wird derselbe in der Regel verloren sein. Dies wird von den Kollegen sehr häufig außer acht gelassen.

Es ist eine stehende Lebensart: Wenn wir noch zwei Tage warten, ist der Kampf verloren. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß ein Kampf, bei dem es auf zwei Tage Ausschub ankommt, überhaupt verloren ist. Bei der modernen Ausperrungstaktik der Unternehmer kann jeder, auch der kleinste Konflikt zu unabsehbaren Folgen führen, die nicht nur für die Arbeiter des Betriebs, sondern auch für die Arbeiter der ganzen Industrie einer Stadt, einer Umgegend des ganzen Landes von der größten Bedeutung sein können. Bei Kämpfen um grundsätzliche Forderungen muß gegenwärtig immer mit einer Ausperrung gerechnet werden. Da sich aber nicht jeder Betrieb, jede Branche zum Vorkämpfer für die Durchführung prinzipieller Forderungen eignet, so ist notwendig, den Führern der Organisation einen gewissen Einfluß auf die Höhe der Forderungen zuzugestehen. Es kann den Arbeitern eines einzelnen Betriebs nicht überlassen bleiben, welche Forderungen sie stellen wollen. Leider wird noch sehr häufig vergessen, daß die Mitgliedschaft in einer großen Organisation neben großen Rechten auch Pflichten mit sich bringt. Es glauben viele Kollegen, wenn ihre Bewegung nicht sofort in die Wege geleitet werden kann, sie seien benachteiligt. Wertwürdigerweise sind es in der Regel Arbeiter der Betriebe, der Berufe, für welche die Organisation am meisten zu leisten hat, die dann ohne weiteres in den Ruf ausbrechen: Für uns ist immer keine Zeit, kein Geld vorhanden. Eine große Industrieorganisation wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat für viele Betriebe, für viele Berufe zu arbeiten, daß nicht alles zugleich erledigt werden kann, liegt auf der Hand, und dies sollte von den Kollegen niemals vergessen werden. Die Führung einer demokratischen Organisation hat vor allem die Aufgabe, gegen sämtliche Mitglieder gerecht zu handeln, keinen Betrieb, keine Branche der anderen vorzuziehen. Da nun aber der Begriff Gerechtigkeit sehr verschieden ausgelegt werden kann, und tatsächlich halten die meisten Menschen in

Hundertdreizehntausend! Das ist eine Herrschau, die das Herz erfreut! Hamburg an der Spitze! Alt-Hamburg allzeit voran!

Wie kommt es, daß es hier kein Wanken und Schwanken, kein Zagen und Zaudern gibt? Immer nur der dröhnende Massenritt, kein Voltigieren und Retrieren! Das ist der anspruchsvolle Organisationssinn, das einfache, klare Pflichtbewußtsein! Alles verfließt sich von selbst, und jeder stellt sich an seinen Platz. Was fragt unsere Wassertrigade danach, ob der eine oder andere beim mühsamen Klettern auf ein überstornes Fährzeug abgleitet und in der Flut versinkt? Er wollte den Mann dort ablassen, seine Wache leisten, damit er wählen könne. Eine Stimme! Aber sie muß geholt werden. Unsere Leute haben mich geschickt; sie erwarten das von mir! Ganz einfach, nicht wahr?! Und der Mann riskiert sein Leben!

Unsere Bezirksführer, unsere Distriktsführer — wer spricht von ihnen? Aber sie sind da, wenn sie verlangt werden, in der Nacht, am Tage, Ehrensache! Stehe Frau, ich bin gerufen worden, also muß es sein!

Unsere Mannschaften — nun, Hamburg hat sie gesehen. Stille, ruhige Leute. Aber verdammt ernsthaft. Der kategorische Imperativ: „Tue deine Pflicht!“ Es wird gemeißelt, es armer Bahner müßte wählen, könnte aber nicht die steilen Treppen von seinem Kameraden herabkommen. Ei — wogu sind wir hinaus denn da? Sie können auch sanft ansetzen, und leicht tragen sie den Kranten, wie ein Mittelstück, über Gähnerhingen heranzet. Wieder eine Stimme!

Das sind die Männer, die wir aufleben. Und alles geregelt, alles zum voraus bestimmt, jeder auf seinem Posten. Kleinmütig nur, aber aus dieser Kleinmütigkeit erblüht uns der Erfolg: Hundertdreizehntausend internationale, revolutionäre Sozialdemokraten in Hamburg!

Ihrer Kurzichtigkeit ihr eigenes Interesse für die lauterste Gerechtigkeit, so muß für die Behandlung der Kollegen unter allen Umständen das Verbandstatut maßgebend sein.

Vor allen Dingen sollten die Kollegen aber die Bestimmungen des Statuts über die Inanspruchnahme von Lohnbewegungen beherzigen. Dieser macht sich hier häufig eine große Unkenntnis auch der elementarsten Begriffe geltend.

Droht in Amerika eine Krise?

Über die Fortdauer der wirtschaftlichen Gunst in Amerika gehen die Ansichten der Sachverständigen recht weit auseinander. Schon das gegenwärtige die Frage, ob in Amerika eine Krise bevorsteht, aufgeworfen und in den interessierten Kreisen lebhaft erörtert wird.

Schon im letzten Quartal des Vorjahres machte sich eine bedeutende Geldknappheit in den Vereinigten Staaten bemerkbar. Nun ist es ja eine regelmäßige Erscheinung, daß das Geldbedürfnis vom Herbst ab in den Vereinigten Staaten viel stärker wächst, als in anderen wirtschaftlich vorgeschrittenen Ländern.

Zweifellos hat nun die Verteuerung des Geldes dazu beigetragen, die wirtschaftliche Situation ungünstig zu beeinflussen. Es trat vor allem eine Zurückhaltung in der Erzeugung industrieller Aufträge ein. Ein zweiter Umstand aber, der ein ungünstiges Licht auf die nächste Zukunft wirft, ist die bis jetzt wenig gemauerte Bewertung der amerikanischen Güter für den Export.

Geldknappheit in Amerika auch die ungleichmäßigere Bewegung von Export und Import. Während der letztere stark ansteigt, hält sich der Export zurück. Diese letztere Tatsache kann nicht als ein Zeichen eines allgemeinen Stillstands angesehen werden.

Wäre nämlich ein Stillstand in Amerika, so würde damit vor allem der internationalen Weltmarkt ein großer Schaden drohen. Die Exportländer dieser Welt sind nämlich überaus zahlreich.

einen starken Druck auf die Preise. Dadurch würde ein allgemeines Fallen der Eisenpreise, eine überaus heftige Konkurrenz auf dem Weltmarkt entstehen. Das hochgeichraubte Preisniveau in Deutschland würde in einer Weise zurückgehen, daß dadurch die weiterverarbeitenden Branchen, die noch auf lange Zeit hinaus zu hohen Preisen für ihre Rohstoffe und ihr Halbzeug eingebettet sind, in eine kritische Lage kämen.

Daß ein solcher Umschwung in erster Linie den Arbeitsmarkt mit treffen würde, das braucht nicht erst auseinandergelegt zu werden. Wir sagen nun nicht, daß der Umschwung in nächster Zeit schon kommen werde oder kommen müsse.

Die Fortschritte in der Eisenproduktion der Welt.

Selten hat es wohl für eine Industrie eine derartige Entwicklungsepoche gegeben, als wie diejenige sich charakterisiert, in der sich augenblicklich die Eisenindustrie der ganzen, hierfür in Betracht kommenden Welt befindet. Zu ganz ungeahnten Verhältnissen hat sich schon heute überall die Produktion emporgeschwungen.

Zum Beweise des Gesagten mag folgende vergleichsweise Zusammenstellung dienen, die die Produktionsziffern der einzelnen, hier speziell in Frage kommenden Länder für die Jahre 1900 und 1906 angibt und zugleich die Produktionszunahme in diesen einzelnen Ländern erkennen läßt.

Table with 4 columns: Produktionsland, Produktion im Jahre 1900 (Tonnen), Produktion im Jahre 1906 (Tonnen), Zunahme in diesem Zeitraum (Tonnen). Rows include Vereinigte Staaten von Amerika, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Russland, Österreich-Ungarn, Schweden, Spanien, Italien, Kanada, and Andere Länder.

Bei solchen Zahlen liegt dann aber auch gewiß die Frage nahe, ob dieser außerordentliche Verbrauch auch keinen kontinuierlichen und steigenden Markt finden wird, was mit Rücksicht darauf, daß allein im letzten Jahre die Gesamtproduktion sich um fünf Millionen Tonnen vermehrt hat, gewiß nicht unbedenklich erscheint.

Doch läßt sich das eine wohl mit ziemlicher Sicherheit feststellen — wenigstens bis auch die gut informierten und eingeweihten Kreise dieser Ansicht —, daß die jetzt erhaltene Produktionsziffern ständig bleiben und sich sogar verhältnismäßig noch immer weiter steigern werden. Diese feste Überzeugung der Hochpreise spiegelt sich auch ganz klar in der Dispositionen wieder, die von den meisten Hüttenbetreibern aller Länder für die Zukunft getroffen werden.

(Centralblatt der Hütten- und Bergwerke nach La Metallurgie.)

Gibt Rechtzeit und die Welt wird sich immer mehr vor euch öffnen, ihr werdet die Gehege dieser Welt erkennen, ihr werdet diese Welt euch unterwerfen machen. Und dann tragt in diese Welt die Liebe, nicht euch selbst als die Träger des großen Harmonieprinzips, das nur das Gute befruchtet, das die ungeliebte Folgerichtigkeit immer mehr auf das Gute einwirken und so einer Welt der Gerechtigkeit des Tages und Nächsten macht.

Doch nicht und nicht nicht ich und dich. Dem Lachen wird wehmut gewandelt. Die Streubung ist nur Schmerz. Der bang die Zeit sich selbst erdicht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 10. Februar der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Februar 1907 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Gagganau 5 Pf. pro Woche und Mitglied; der Verwaltungsstelle Kassel 5 Pf. pro Woche und Mitglied; der Verwaltungsstelle Kassel 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 8a des Statuts: Auf Antrag der Bezirksleitung des 1. Bezirkes: Der Schlosser Max Dohberth, geb. am 22. August 1875 zu Alshagen, Buch-Nr. 599734, wegen Unterzählung.

Wieder aufgenommen wird: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe: Der Blechner Gustav Winter, geb. am 25. Februar 1878 zu Baden-Baden.

Öffentlich gerügt wird: Auf Antrag eines Schiedsgerichtes in Magdeburg: Der Schleifer Gustav Raag, geb. am 1. November 1878 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 88299, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Über den Aufenthalt des Formers August Semun, geb. am 30. August 1863 zu Hannover, Buch-Nr. 26481, wird hierher Nachricht erbeten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Januar 1907 bei der Hauptkasseneingegangenen Verbandsgelder.

- List of names and amounts: Von: Nachen Nr. 3100, Waken 130, Witten 284,70, Wittingen 100, Wittwasser 368,15, Wittenberg 152, Wittenberg 162,61, Wittenberg 200, Wittenberg 229,41, Wittenberg 144,60, Wittenberg 80, Wittenberg 4000, Wittenberg 50, Wittenberg 127,90, Wittenberg 155,75, Wittenberg 700, Wittenberg 331,85, Wittenberg 10000, Wittenberg 100, Wittenberg 100, Wittenberg 160, Wittenberg 200, Wittenberg 400, Wittenberg 800, Wittenberg 15000, Wittenberg 200, Wittenberg 800, Wittenberg 143,83, Wittenberg 200, Wittenberg 170,55, Wittenberg 1000, Wittenberg 300, Wittenberg 350, Wittenberg 150, Wittenberg 400, Wittenberg 300, Wittenberg 111,10, Wittenberg 242, Wittenberg 600, Wittenberg 1300, Wittenberg 480,65, Wittenberg 200, Wittenberg 100, Wittenberg 400, Wittenberg 278, Wittenberg 120,25, Wittenberg 550, Wittenberg 180,70, Wittenberg 1600, Wittenberg 258,21, Wittenberg 1600, Wittenberg 800, Wittenberg 200, Wittenberg 186,90, Wittenberg 176,22, Wittenberg 278,84, Wittenberg 300, Wittenberg 60, Wittenberg 219,80, Wittenberg 2000, Wittenberg 150, Wittenberg 2900, Wittenberg 13000, Wittenberg 800, Wittenberg 100, Wittenberg 400, Wittenberg 800, Wittenberg 366,80, Wittenberg 600, Wittenberg 200, Wittenberg 600, Wittenberg 150, Wittenberg 100, Wittenberg 377,92, Wittenberg v. d. Höhe 217,75, Wittenberg 192,90, Wittenberg 800, Wittenberg 400, Wittenberg 1800, Wittenberg 20,50, Wittenberg 600, Wittenberg 105, Wittenberg 150, Wittenberg 4500, Wittenberg 700, Wittenberg 200, Wittenberg 400, Wittenberg 600, Wittenberg 800, Wittenberg 100, Wittenberg 36,45, Wittenberg a. B. 6,55, Wittenberg 170, Wittenberg 64,88, Wittenberg D.-Pf. 440, Wittenberg 80, Wittenberg 600, Wittenberg 200, Wittenberg 800, Wittenberg 500, Wittenberg 711,40, Wittenberg 1500, Wittenberg 914, Wittenberg 48,85, Wittenberg 100, Wittenberg 83,05, Wittenberg 515, Wittenberg 245,50, Wittenberg 100, Wittenberg 64,52, Wittenberg 160, Wittenberg 161,53, Wittenberg 150, Wittenberg 100, Wittenberg 45,81, Wittenberg a. G. 325,70, Wittenberg 500, Wittenberg 400, Wittenberg 100, Wittenberg 500, Wittenberg 600, Wittenberg 600, Wittenberg 1400, Wittenberg 20, Wittenberg 100, Wittenberg 125,10, Wittenberg 6500, Wittenberg 150, Wittenberg 170, Wittenberg 120, Wittenberg 150, Wittenberg 800, Wittenberg 200, Wittenberg 140, Wittenberg 894,10, Wittenberg 200, Wittenberg 133,10, Wittenberg 10000, Wittenberg 219,05, Wittenberg 300, Wittenberg 150, Wittenberg 100, Wittenberg 100, Wittenberg 550, Wittenberg 1600, Wittenberg 450, Wittenberg 100, Wittenberg 150, Wittenberg 191,75, Wittenberg 400, Wittenberg 26,50, Wittenberg 600, Wittenberg 300, Wittenberg 150, Wittenberg 52, Wittenberg 400, Wittenberg 300, Wittenberg 200, Wittenberg 200, Wittenberg 150, Wittenberg 850, Wittenberg 600, Wittenberg 200, Wittenberg 800, Wittenberg 50, Wittenberg 714,80, Wittenberg 145,75, Wittenberg 3600, Wittenberg 150, Wittenberg 400, Wittenberg 300, Wittenberg 300, Wittenberg 133, Wittenberg 300, Wittenberg 165,57, Wittenberg 103,33, Wittenberg 276,85, Wittenberg 100, Wittenberg 300, Wittenberg 925,45, Wittenberg 322,80, Wittenberg 550, Wittenberg 1200, Wittenberg 400, Wittenberg 800, Wittenberg 800, Wittenberg 140, Wittenberg 20, Wittenberg 20, Wittenberg 2519,29, Wittenberg 2,66.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Mitglieder von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Rückstände sofort an uns zu berichten.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

- List of names and locations: von Treckern und Höltern nach Bradel b. Dortmund (L. Schwarz & Co.) D.; von Treckern, Schleifern und Hartmann nach Brandenburg Str.; nach Köln, Wülheim a. Rh., Ralf und Höherberg 2.; nach Staßfurt (Müller & Greif) 2.; von Treckern nach Konstantz (Hummel) D.; von Treckern, Eisengießereiarbeitern und Keramarbeitern nach Rachen D.; nach Altena i. Westf. (Voss & Seide) W.; nach Darmen (Jäger, Barckeb) St.; nach Duisburg (Hirsh, früher Eisenwerk Schmid) W.; nach Düsseldorf D.; nach Gießen i. H. W.; nach Kirchheim u. L. (Boch & Gruninger) D.; nach Röhren-Graben (Hansold & Co.) W.; nach Uckerath (Härtel) W.; nach Uckerath-Schermbeck, D.; nach Solingen-Wald (H. Dorn und Piel & Aeb) W.; nach Stolten bei Brach (Meyer) St.;

- von Säcklern, Dreßern, Metallformern und Bistecoren nach Offenbach a. M. (Firmen Wildmann, Bombach) St.;
- von Kesselschmieden und Blechschweißern nach Wülheim a. Rhein (Th. Bamien) M.; nach Richterwegl, Schweiz, Str.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bochum Westfalen (Stahlwerk) D.; nach Grfurt (G. A. Kleemann, Lampenfabrik) D.; nach Feuerbach (Gretsch & Co.) W.; nach Halle a. S. (Firma Thomann) M.; nach Kaiserlautern; nach Kall bei Köln (Brewer, Schumacher & Co., Werkzeugmaschinenfabrik) D.; nach Kulmbach (Firma Peniel) M.; nach Ludenwalde, M.; nach Magdeburg (Feilen, Meißmann) M.; nach Mügeln (Firma G. Greifenhahn) D.; nach Wülheim a. Ruhr (Richard Cleff) M.; nach Offenbach a. M. (Rindt) St.; nach Richterwegl (Schweiz), Str.; nach Stargard (Wischer) D.; nach Zürich u. St.;
- von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldborten;
- von Silberarbeitern nach Hanau und Umgebung (einschließlich Sachsenhausen) D.;
- von Schlägerarbeitern und Schmieden nach Godelsberg (Firma Tellinghaus) St.;
- von Schleifern nach Wien V. B. (Firma F. Schwarz) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Mißstände; S.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Korrespondenzen.

Formen.

Bremen. Wegen hoher Strafabzüge haben sämtliche Formen und Kernmacher der Aktiengesellschaft Weser die Arbeit niedergelegt. Zugang von Formern und Kernmachern nach Bremen ist streng ferngehalten.

Fürstenwalde a. d. Spree. (Wie der Regulator schwindelt.) In der Statistik über die Formerbewegung in Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung 1906 ist unter Fürstenwalde der Betrieb der Firma Vinsch mit 1100 Arbeitern angegeben, für die die Arbeitszeit täglich um eine halbe Stunde verkürzt wurde. Das ärgerte die Herren des Gewerkevereins. Deshalb kam flugs eine Notiz im Regulator, daß die Verkürzung der Arbeitszeit mit der Formerbewegung nichts zu tun habe. Es mag dahingestellt bleiben, was die Veranlassung zur Verkürzung der Arbeitszeit gegeben hat. Die Tatsache, daß die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden reduziert ist, bleibt bestehen. Und daß die Verkürzung der Arbeitszeit unmittelbar im Anschluß an die Verhandlungen mit der Formerkommission erfolgte, wird der Regulator nicht bestreiten wollen. Unmittelbar nach Einreichung der Forderungen für die Formen durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eintrete. Weiter berichtet der Regulator, daß lediglich die Ausschüßfrage geregelt sei, und zwar so, daß Ausschüß, der eine längere als vierzehntägige Arbeit erfordert, mit zwei Drittel des Akkordpreises bezahlt wird. Gelogen wie gedruckt! Die Direktion hat auf alle aufgestellten Forderungen der Formen eine schriftliche Erklärung abgegeben, mit der sich die im Betrieb beschäftigten Formen zufrieden erklärten. Neben der Regelung und Festsetzung der Akkordpreise ist die Ausschüßfrage wie folgt geregelt: 1. Steigt ein Verschulden des Formers nicht vor, so werden ihm zwei Drittel des Akkordpreises ausbezahlt. 2. Läßt sich nicht feststellen, ob der Fehlgang auf ein Verschulden des Formers oder auf andere Ursachen zurückzuführen ist, so werden ihm ebenfalls zwei Drittel des Akkordpreises bezahlt. 3. Ist der Fehlgang auf ein Verschulden des Formers zurückzuführen und handelt es sich nur um eine Leistung von vierzehn Stunden, so fällt jede Bezahlung fort. Hat der Formner dagegen länger als vierzehn Stunden an der Form gearbeitet, wird ihm die Hälfte des Akkordpreises ausbezahlt. Der Regulator unterläßt gerade den Teil der Abmachungen, auf den es im wesentlichen ankommt. Im Regulator heißt es: Kleinere Arbeiten werden, falls Ausschüß, nicht bezahlt. In den Abmachungen heißt es: Steigt ein Verschulden des Formers nicht vor, werden zwei Drittel des Akkordpreises bezahlt; läßt sich ein Verschulden des Formers nicht feststellen, werden ebenfalls zwei Drittel des Akkordpreises bezahlt, und zwar ohne Rücksicht auf die Stundenzahl, die der Formner auf die Arbeit verwendet hat. Bei Arbeiten, die länger als vierzehn Stunden Arbeitszeit in Anspruch nehmen, wird auch dann die Hälfte des Akkordpreises bezahlt, wenn dem Formner die Schuld an dem Fehlgang nachgewiesen wird. Da diese Abmachungen dem Berichterstatter des Regulator (Jordan in Berlin) bekannt sein dürften, so liegt eine wissenschaftliche Fälschung vor, darauf berechnet, in der bekannten Manier dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ein anzunehmen. Der Schmerz der Gewerkevereiner ist ja zu verstehen: es gelingt ihnen eben trotz aller Anstrengungen nicht, in der Agitation gegen welche Fortschritte zu machen. Auch mit dieser Art der Verunglimpfungen wird es den Herrschaften nicht gelingen, Mitglieder einzufangen. Der Berichterstatter (Jordan) galt bisher noch als einer der wenigen schließlich wahrheitsliebenden Gewerkevereinsagitatoren. Es scheint aber auch bei diesem bergab zu gehen.

Oberdorf bei Jitau. Am 2. Januar wurden von unserer Bezirksleitung bei der Firma Ernst Gruschwitz ausführlich begründete Vorschläge zur Einführung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen eingereicht. Die Firma hat darauf folgende schriftliche Erklärung abgegeben: „1. Genane Einhaltung der nach der Betriebsordnung bestehenden zehnjährigen Arbeitszeit wird zugesichert. 2. Mögliche Vermeidung der Überarbeitszeit und Bezahlung derselben in etwaigen unvermeidlichen Fällen mit einem Zuschlag von 25 Prozent zum vereinbarten Stundenlohn oder Akkordverdienst wird bewilligt. In Ausnahmefällen kommt Überarbeitszeit bis zu einer halben Stunde nicht zur Berechnung, soweit sich's um Zuschlag handelt. 3. Mit jedem Formner und Schleiferarbeiter wird ein feines Beugnis entsprechender Stundenlohn vereinbart, der ihm gewährt wird. Die Löhne der Schleiferarbeiter werden nach der überreichten Aufstellung erhöht. 4. Die Akkordpreise werden schriftlich oder mündlich vor Übernahme der Arbeit den Arbeitern bekannt gegeben und der einmal vereinbarte Akkordbetrag wird nur unter Führung der nach der Fabrikordnung oder dem Gesetz gerechtfertigten Abzüge ausbezahlt. Die Preise der regelmäßigen Arbeiten werden dem Arbeiter durch Auszahlung bekannt gegeben. 5. Unverschuldeter Fehlgang wird bezahlt. Reklamationen und Differenzen werden unter Hinzuziehung des betreffenden Formners entschieden. In Streitfällen sollen ein oder mehrere unbeteiligte erfahrene Formner gehört werden, die beiden Parteien gerecht sind. 6. Die unter Punkt 6 (Schaffung genügender Betriebssicherheit) aufgestellten Forderungen werden baldmöglichst erfüllt, mit den notwendigen baulichen Veränderungen wird bereits im nächsten Frühjahr begonnen. Zur Beschleunigung und Gerdernbefähigung wird in nächster Zeit gefordert.“ — In den Zugeständnissen ist zu bemerken, daß für die Schleiferarbeiter eine Lohnsteigerung in der gedachten Höhe eingetreten ist. Es erhalten demzufolge 18 Schleiferarbeiter eine Lohnzulage von 3 Pf. die Stunde, und zwei, die kurz vorher eine solche von 2 Pf. erhalten hatten, eine weitere Lohnzulage von 2 Pf. die Stunde. Wir haben also ohne jeden Kampf bedeutende Verbesserungen erreicht.

Collingen. Die Sperrung für Formen ist für die Firma Rudolf Rautenbach zurückgenommen; für die Firmen Hugo Beien in Bald, Kaiserstraße, und Viel & Weg in Bald, Sebnitzstraße, besteht sie fort, und ist Zugang dahin strengstens ferngehalten.

Metallarbeiter.

Berlin. Am 27. Januar wurde hier eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen abgehalten. Auf deren Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Bahg über Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften. Des weiteren sollte die Neugründung einer Branchenabteilung für die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgen. Kollege Bahg wies in seinem Vortrag auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation hin; diese sei um so notwendiger, je stärker die Unternehmerorganisationen werden. Die Kollegen müßten aber auch mehr Vertrauen zu ihren Führern haben. Wenn ein Kampf aussichtslos erscheine, sei er abzubrechen und bei besserer Gelegenheit von neuem zu beginnen. Vor allem sei dafür zu sorgen, daß die Sonderbündel und Eigenbrödel beiseite gelassen werden. Jeder einzelne sei Kämpfer für unsere Sache. Bei der Wahl der Agitationskommission der Arbeiter wurde als Branchenvertreter Partke gewählt, als Mitglieder der Kommission die Kollegen Becker, Treptow, Partiot, Kummer und Koch.

Dommeldingen i. Luxemburg. Auf der hiesigen Gütle dämmert es unter den Arbeitern. Beweis dafür ist, daß sie sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Wir haben hier schon öfters öffentliche Versammlungen abgehalten. In einer solchen trat der Direktor Bian unserem Referenten in brutaler Weise entgegen, er wollte eine Keilerei inszenieren. Das wurde durch die Kaltblütigkeit unserer Kollegen vereitelt. In der Versammlung gab sich Bian als „Kamerad“ der Arbeiter aus, er sagte: „Wenn ihr Kameraden der Gütle treu bleibt, so wird es im künftigen Jahre keine 16 Prozent Dividende zu verteilen geben, sondern mehr, vielleicht 32 Prozent.“ Unter Referent antwortete damals: „Kollegen, ihr habt gehört, was euer Direktor Bian gesagt hat, ich werde es euch in anderen Worten sagen: Wenn ihr Arbeiter der Gütle Dommeldingen während des künftigen Jahres fortwährend schafft, ja mehr als jetzt schafft, so daß auch der Schweiz in den Schuhen zusammenkommt, dabei anspruchlos seid, das heißt nicht mehr Lohn und nicht weniger Arbeitszeit verlangt, dann werden wir auf eure Kosten mehr Dividende herauszuschlagen.“ Und wirklich: Es wurden anfangs 160 Fr. pro Aktie im Jahre 1904/05 im Geschäftsjahre 1905/06 250 Fr. pro Aktie verteilt. Man sieht: auf Kosten der Arbeiter konnte man pro Aktie 90 Fr. mehr an Dividende auszahlen. Es ist das nicht ganz so viel, wie Bian, in der Versammlung ankündigte. Durch die Agitation unseres Verbandes wurde die Direktion gezwungen, „Wohlfahrtsvereinigungen“ zu errichten. Dies wurde der Arbeiterschaft am 1. Januar 1905 durch Anschlag von Plakaten in den Hüttenräumen mitgeteilt. Selbstverständlich war dabei nicht zu lesen, dies werde deshalb gemacht, die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Hier der Inhalt der Bekanntmachung: „Eicher Hüttenverein. Wohlfahrtsvereinigung der Gesellschaft Le Gallais-Mey & Cie. Dienstaltersbeholdungen für Arbeiter. Alle Arbeiter erhalten 1904 eine Bezahlung für eine nach dem 20. Lebensjahr zurückgelegte Dienstzeit: von 5 bis 10 Jahren: 20 Mk., von 10 bis 15 Jahren: 30 Mk., von 15 bis 20 Jahren: 40 Mk., von 20 bis 25 Jahren: 50 Mk., von 25 bis 30 Jahren: 60 Mk., von 30 bis 35 Jahren: 70 Mk., von 35 bis 40 Jahren: 80 Mk., von 40 bis 45 Jahren: 90 Mk., von 45 bis 50 Jahren: 100 Mk. Jedem Empfangsberechtigten wird der ihm zustehende Betrag nicht in bar, sondern eingetragen in ein Sparbuch übergeben werden. Das Guthaben wird am 1. Oktober vorigen Jahres mit 3 Prozent verzinst werden. Obenstehende Zuwendung erfolgt in der Erwartung, daß damit der Spartrieb angeregt und gefördert werde, indem der zugewiesene Betrag für Zeiten der Not als Sparpfennig zurückgelegt oder indem er als Grundstock zu einer Kapitalansammlung betrachtet wird, welche demnach die Erhaltung eines eigenen Hauses ermöglicht. Jungen, unbeschäftigten Arbeitern aber soll ihr Guthaben erst im Falle ihrer Verheiratung oder in sonst außergewöhnlich dringenden Fällen ausbezahlt werden. Hierüber behalten wir uns jedoch unsere persönliche Entscheidung vor. Es besteht die Absicht, diese Dienstaltersbeholdungen in guten Geschäftsjahren und bei guter Führung der Arbeiterschaft auch fernerhin zur Auszahlung gelangen zu lassen. Eich, den 1. Januar 1905. Le Gallais-Mey & Cie.“ Das Plakat u. wurde nur diktiert durch die Agitation unseres Verbandes, was die Redemendung „bei guter Führung der Arbeiterschaft“ deutlich zum Ausdruck bringt. Mit der „gekauften“ Summe sollen sich die Arbeiter häuslich erbauen! Wo nehmen sie denn das andere dazu benötigte Geld her? Mit 100 Mk. bei fünfzigjähriger Dienstzeit kann noch kein Haus gebaut werden. Die Leute verdienen im Höchstfall bei elfstündiger Arbeitszeit 3,60 Mk. den Tag. Da kann man schon sparen, um in Zeiten der Not einen Zehrpennig zu haben. Doch die Direktion hatte sich verschrieben, sie wollte der Arbeiterschaft kund tun: dies fördert den Hunger. Seit der Bekanntmachung haben wir über diese famose „Wohlfahrtsvereinigung“ nichts mehr gehört, ob noch ein Arbeiter die Dienstaltersbeholdung empfangen hat oder nicht. Doch all unser Ärgernis und Hinweisen auf das elende Leben, das die Arbeiter der Gütle Dommeldingen führen müssen, konnte nicht fruchten, die Arbeiter sahen ihr Elend nicht ein und blieben der Organisation fern. Erst in letzter Zeit fangen sie an, ihr elendes Hungertreiben zu erkennen. In letzter Zeit fanden auch eine Anzahl öffentliche, von uns einberuene Versammlungen statt. Gegen früher waren diese Versammlungen durchweg sehr gut besucht. Am 26. Januar referierte Hilman über die Forderungen der Arbeiter. Auf den 28. Januar hatten die Hirsche-Dunderschen denselben Saal, wo wir tagten, für eine Versammlung zugeweiht erhalten. Hilman forderte alle Anwesenden auf, in die Versammlung der Hirsche zu kommen, er selbst sei auch anwesend, dann wolle man den Hirschen ihre Verräterei an der Metallarbeiter-Schaft ins Gesicht schmeißen. Am Montag war dann alles in der Versammlung, doch wer nicht erschienen war, das waren die Hirsche. Auch in Eich hatten sie am Tage vorher eine Versammlung angesetzt, waren aber nicht erschienen. Da die Arbeiter versammelt und die Hirsche nicht erschienen waren, referierte Hilman. Er besprach die Verräterei der Hirsche, ihre Gaunertat u. f. w. und ging dann in seinem Referat auf die neueste „Wohlfahrtsvereinigung“ auf der Gütle in Dommeldingen ein. Er führte aus: Letzten Samstag habt ihr hier auf der Gütle ein Fest gefeiert, indem die Kantine eröffnet wurde. In dieser Kantine erhaltet ihr vom Samstag ab Bier und Gewürz verabreicht, natürlich gegen Bezahlung. Das Essen und das Logis soll pro Tag 1 Mk. betragen, wie man mir mitgeteilt hat. Auch ist euch eine große Bierwiderfahrnen, denn huldvoll haben sich die Damen der Herren Vian, Le Gallais-Mey eingefunden, um mit euch bei der ersten Mahlzeit in der Kantine am Tisch zu essen. Ihr dürft nicht glauben, daß diese Damen sich aus Liebe zu euch oder unter schönen Augen willen so gnädig herabgelassen haben, nein, ihre Handlung wurde vom eigenen Profitinteresse diktiert. Die Herren sehen, daß es bei den Arbeitern nicht wird, daß sie sich organisieren. Nun heißt es, sie in die Unmacht zurückzubringen. Um auch zu fördern, euch von der Organisation fernzuhalten, wurde, wie im Jahre 1906 die Dienstaltersbeholdung, auch diese neue „Wohlfahrtsvereinigung“ ins Leben getreten. Um euch abhängiger vom Werte zu machen, damit dieses auch ferner den gleichen Profit abwerfe, sind auch die Damen eurer Herren erschienen. Doch wie werden sich diese Mädchen zu Hause nach ihrer Rückkehr von euch gewöhnen und parfümiert haben, um alles zu befechtigen, was bei eurer Verheiratung — denn die Arbeiter geben nach Ansicht solcher Herrschaften einen üblen Geruch von sich — an ihnen halten geblieben war? Und doch sind es dieselben Arbeiter, die schaffen und durch deren Schweiß die Herrschaften ihr Prasserleben verbringen können. Das Geld, das diese Herrschaften verbrauchen, ist euer Geld, denn sie schaffen nicht, nur die Arbeiter schaffen. Weht zur Stadt, abends am bürgerlichen Kasino vorbei, dort hört ihr Musik und Gesang und Scherzreden. Dort amüsieren sich die, die auf Kosten der Arbeiter leben. Haltet ihr nun euren Direktor Bian gesehen, als er voriges Jahr mit der berühmten Sängerin aus Paris Arm in Arm auf dem Paradeplatz während des Militärkonzertes spazieren ging, verfolgt von den neidischen Blicken von Leuten? Das hat ihm Hunderte, ja Tausende gekostet, denn da geht es nicht mit einem Glase Bier ab. All dieses Geld hat er ausgegeben, um zu glücken, da kann es ihm nicht an das „lumpige Geld“ an. Es war ja euer Geld, euer Schweiß und Blut, das da drausging. Wie ergeht es aber euch, wenn ihr Hunger und Aufbebung eures Hungertreibens verlangt? Ihr müßt

die Türe ruhig auflassen, damit ihr schnell wieder hinauskommt. — Die Zustände auf der Gütle Dommeldingen sind schauerhaft. Wohl sind eine Anzahl Kollegen organisiert, aber die Masse steht uns noch fern. An den organisierten Kollegen ist es, zu agitieren, damit sich uns alle anschließen. Kollegen der Dommeldinger Gütle Arbeiter wir unablässig, um die noch fernstehenden für die Organisation zu gewinnen: Erst dann werden wir uns auf der Gütle als Menschen fühlen können. Sinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Wolter a. S. Recht traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen noch für die hiesigen Metallarbeiter. Und das in einer Stadt, wo die Arbeiter in der „Saison“ tagtäglich den unerhörten Luxus und das verschwenderische Leben der Sommergäste mit ansehen müssen. In erster Linie ist die Maschinenfabrik des Herrn Weule zu nennen. Die Arbeitszeit beträgt dort 10 1/2 Stunden. Für Überstunden, die oft bis 10 Uhr abends gemacht werden, wird kein Zuschlag bezahlt. Former erhalten 86 bis 88 Pf. die Stunde, Schleifer 82 Pf. In der Schlosserei und Dreherei gibt es 80 bis 40 Pf. In diesen Abteilungen wird die Lehrlingszucht in großem Maße betrieben. Herr Weule ist ein gar gefrenger Lehrling, der mit Schlägen und Prüfen nicht spart. Diese Behandlung erregt natürlich den Ärger der Kollegen, doch müssen diese es ruhig geschehen lassen, wenn sie nicht hinausfliegen wollen. Es ist auch schon vorgekommen, daß ausgebildete Arbeiter noch gepufft wurden. Auch den Metallarbeitern der übrigen Betriebe geht es hier nicht gut. Verdienen doch die Klemmner nur 26 bis 28 Pf. die Stunde. Trotzdem halten sie es nicht für nötig, in einer Metallarbeiter-Versammlung zu erscheinen. Wir rufen deshalb den hiesigen Kollegen zu: schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, denn nur dadurch wird es möglich werden, die hiesigen schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu befeitigen.

Laupheim. Wir fühlen uns gezwungen, über die Arbeitsverhältnisse in der Geldschrankfabrik von F. M. Schäfer näheres zu berichten. In dieser Fabrik bleibt im allgemeinen noch sehr viel zu wünschen übrig. Der gelernte Schlosser, Schleifer oder Maler gilt bei dieser Firma sehr wenig, nur der Arbeiter findet bei den leitenden Personen Anklang, der vor ihnen schamlos ist. Ein Tagelöhner namens Fidele Neger ist sozusagen die Hauptperson in der Werkstatt. Er erteilt sogar den Arbeitern, die in der Werkstatt ein politisches Wort fallen lassen, was ja in der jetzigen Zeit öfters vorkommt, eine Klage. Dieser Mann bezieht den hohen Lohn von 28 Pf. die Stunde. Gelernte Schlosser dagegen bekommen auch nur 28 bis 30 Pf., was noch als eine sehr hohe Bezahlung betrachtet wird. Der Vorarbeiter erhält 34 Pf. Die Firma gelaut sich nicht, einen älteren und erfahrenen Vorarbeiter zu engagieren. Ein solcher würde natürlich mehr Lohn verlangen. Der Arbeiterwechsel ist infolge dieser Verhältnisse sehr groß, was für das Geschäft sicher kein Vorteil ist. Die Einsender dieses erhielten zuerst ausnahmsweise 40 Pf. die Stunde; das hat die Firma nachher gereut. Und weil wir uns unserer politischen Ansicht kein Hehl gemacht haben, hat uns die Firma aus der Fabrik ausgewiesen. Wer Lust hat, zu den horrenden Löhnen, die die Firma zahlt, auch noch auf seine Überzeugung zu verzichten, der trete bei der Firma Schäfer in Arbeit.

Magdeburg. Die in der Feilenfabrik von Meißmann beschäftigten Arbeiter haben ihre Kündigung eingereicht. Ursache dazu ist die Maßregelung eines Kollegen, der die Mitarbeiter auf Brandenburger Streikarbeit aufmerksam machte. Da Herr Meißmann zu einer Verhändigung vor Ablauf der Kündigung nicht bereit ist, muß der Betrieb gesperrt werden.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Am 30. Januar trat in München eine Konferenz deutscher Straßenbahner zusammen. Vertreten war eine Reihe von Großstädten durch 29 Delegierte. Ferner waren Vertreter der Vorstände des Verbandes der Münchener Straßenbahner und des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrrbeiter anwesend. Auf dieser Konferenz wurde der Anschluß des Münchener Verbandes an den Verband der Handels- u. Arbeiter beschlossen.

Die Aussperrung der Automobilführer in Berlin ist unverändert. Um den guten Willen zum Frieden zu beweisen, hat die Kommission der Aussperrten einen neuen Tarifvertrag ausgearbeitet, dessen Hauptpunkte darin bestehen, daß die Fahrer mit 20 Prozent der Gesamteinnahme und 1,50 Mk. Taglohn zufrieden sein wollen. Bezüglich des Wagenwaschens wird vorgeschlagen, daß bei weniger als 10 Mk. Einnahme der Unternehmer das Waschgeld trägt und von der zehnten Mark an der Fahrer 80 Pf. für das Wagenwaschen bezahlt. Ferner soll der Arbeitsnachweis der Fahrerorganisation anerkannt werden. Dieser Vertrag soll den einzelnen Unternehmern zur Annahme unterbreitet werden, denn man hat Grund zu der Annahme, daß verchiedene gern darauf eingehen werden. Eine geheime Abstimmung ergab 172 Stimmen für den neuen Vorschlag, 151 dagegen und verschiedene ungültige Stimmen. Der neue Vorschlag bedeutet immer noch eine Reduktion des Lohnes um 17 1/2 Prozent, während 89 Prozent von den Unternehmern beabsichtigt waren.

In Berlin sind die Arbeiter in sämtlichen Betrieben der Möbelpolsterbranche ausgesperrt. Die zugrunde liegenden Differenzen bestehen schon längere Zeit. Es handelt sich um die Forderung der Arbeiter, daß alle Arbeitskräfte durch ihren Nachweis bezogen werden sollen.

Zur Aussperrung der Holzarbeiter. Wie die Holzarbeiter-Zeitung mitteilt, ist es dem Einfluß des Berliner Obermeisters Richard gelungen, die Unternehmer in Leipzig, Dresden und Görlitz zur Kündigung der mit dem Holzarbeiter-Verband abgeschlossenen Verträge zu bewegen. In den genannten Orten läuft das Vertragsverhältnis am 1. April ab. Die Kündigung ist in Hinblick auf die Berliner Aussperrung erfolgt. Die Unternehmer in Düsseldorf drängen dagegen, ebenfalls unter ausdrücklichem Hinweis auf die Berliner Aussperrung, auf den Abschluß eines Vertrags hin. Der Arbeitgeber-Schutzverband bereitet danach einen allgemeinen Kampf gegen den Holzarbeiter-Verband vor. Am 26. Januar waren 680 Betriebe an der Aussperrung beteiligt, 61 weniger als in der ersten Woche. Die Zahl der Aussperrten hat sich in der zweiten Woche durch Abreise und Arbeitsaufnahme in anderen Branchen um 573 vermindert und betrug 6235. Seit dem Beginn der Aussperrung sind 726 abgereist oder anderweitig in Arbeit getreten. Bei der gegenwärtigen Jahreszeit kann man annehmen, daß ein Teil der Aussperrten ohnehin arbeitslos wäre. Nach dem soeben erfolgten Ablauf des Vertrags für die Treppengeländerbranche ist auch der Verband der Treppengeländerfabrikanten der Aussperrung beigetreten, so daß sich die Zahl der Aussperrten in den nächsten Tagen um einige Hundert vermehren wird.

In Eisenberg in Thüringen stehen seit dem 10. Januar die Fleischergehilfen in sämtlichen Wurstfabriken im Streik, weil ihnen die Wurstfabrikanten folgende Forderungen nicht bewilligten: 1. einwöchige Arbeitszeit; 2. 40 Pf. pro Überstunde; 3. Sonntagarbeit mit ein Wochlohn; und weil einige Wurstfabrikanten wegen der gestellten Forderungen einen Teil der Gehelken gemahregelt haben. In Betracht kommen im ganzen 142 Betriebe, darunter 63 verheiratete mit 111 Kindern. Die Wurstfabrikanten haben jede Verhandlung rundweg abgelehnt. Sie verlangen bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit, Einzelmeldungen in den Fabriken und Einstellung nach Bedarf, Austritt aus der Organisation und Aufhebung des Wochlohns über diejenigen Fleischermeister, welche in den Wurstfabriken die Arbeit der streikenden Gehelken fertiggestellt haben. Die Streikenden beschließen demgegenüber einstimmig, unter diesen Umständen im Streik anzuharren. Der Gewerkschaftsartikel in Eisenberg hat nun ein Einverständnis mit den Streikenden den Wochlohn über sämtliche Eisenberger Wurstfabriken verhängt. Die Kampforganisation der Eisenberger Wurstfabrikanten sind Konsumvereine, Warenhäuser, Fleischwaren, Delikatessen, und Kolonial-

warenhandlungen. Diese verschleißen die Eisenberger Wurzeln unter dem Namen „Thüringer Wurzeln“. Wir ersuchen deshalb alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, die streitenden Fleischergehilfen in ihrem schweren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie den Verkauf hochhalten und bis zu besten Aufhebung keine „Thüringer Fleischer- und Wurzwaren“ kaufen. Besonders ersuchen wir, die Frauen darauf aufmerksam zu machen. Zentralverband der Fleischer und Berufsangehörigen Deutschlands.

Der Wert der Tarifverträge

wurde aufs neue konstatiert in der 14. öffentlichen Sitzung der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern, die am 8. Januar in München tagte. Dort hielt Syndikus Dr. Kahn einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage von Handel und Gewerbe und führte unter anderem folgendes aus:

„Erfreulich ist dagegen wieder, daß das Jahr 1906 viel weniger als sein Vorgänger 1905 von Arbeitskämpfen heimgesucht war. Dieses Resultat ist durch die Ausbreitung der Tarifgemeinschaften erzielt worden, die meistens über das Jahr 1906 hinaus gelten und den Arbeitgebern zum Teil große Opfer auferlegten, aber andererseits, wie erwähnt, den Frieden im Arbeitsverhältnis förderten.“

Techniker als Streikbrecher.

Wie wir bereits auf Seite 416 unseres vorigen Jahrganges berichteten, suchte die Firma Wilhelm Rivoir, Maschinenfabrik in Offenbach a. M., Techniker als Streikbrecher, weil die Arbeiter wegen Einführung eines ihnen verhassten Prämiensystems in den Streik getreten waren. Wie hoch der Fabrikant Hausbreiter dieser Art einschätzte, geht daraus hervor, daß er versuchte, ihnen weniger Lohn zu bieten als den Arbeitern. Wie die Deutsche Industrie-Zeitung, das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, in ihrer Nr. 8 (Seite 41) mitteilt, hat Rivoir diese Tatsache bestritten. Es wird ihm entgegen, daß die Offenbacher Ortsgruppe des Bundes Beweismaterial in Händen habe. Unter anderem hat er einen Techniker für Streikbrecherdienste 90 Mk. monatlich gezahlt. Als dieser nicht darauf einging, wollte Rivoir den Industriestrom auf 100 Mk. erhöhen. Er fand aber auch damit keine Gegenliebe. Hoffentlich wird diese Tatsache den Technikern die Augen darüber öffnen, daß auch sie von den Unternehmern lediglich als Ausbeutungsobjekte betrachtet werden, ja daß auch sich nichts daraus macht, sie auf ein noch tieferes Niveau zu drücken als das der Arbeiter.

Streik- und Landfriedensbrecher.

Am 29. und 30. Januar fanden vor dem Schwurgericht in Leipzig 14 böhmische Streikbrecher wegen schweren Landfriedensbruchs. Im Oktober vorigen Jahres streikten bei dem Eisenbahnbesitzer Pfeiffer in Wemba die Arbeiter. Statt die beschriebenen Lohnforderungen zu bewilligen, ließ der Unternehmer Streikbrecher aus Böhmen kommen, meistens junge Burschen aus den verschiedensten Bezirken. Am 3. November erhielten diese für den heutigen Klaffenstaat so nützlichen Elemente ihren ersten Lohn, Grundsatz gemäß, um jegliche der böhmischen Gehilfen in Wemba anzuführen und die nötigen Quantitäten Bier und Schnaps zu vertilgen. Bei dieser Gelegenheit hielt der ebenfalls in dem betreffenden Lokal anwesende, fast angekommene Steiermark Propst den Tisch an, daß sie nach Deutschland gekommen seien, um Streikbrecherdienste zu leisten. Als nach einem Vorworte bald darauf Propst mit der fleischer Eger die Gaststube verließen, folgten ihnen die Böhmen und mitgehenden Eigentum, den sie bis zu jenem Grundstück vertilgten. Auch dieses verachteten sie zu führen. Dann ging es zurück nach dem böhmischen Gasthof. Hier demontierten die Böhmen die ganze Gaststube, in der sich etwa zehn bis zwölf Deutsche, nach der Angabe des Propstes alles ruhige Leute, befanden, obwohl der Gasthof als Quartier für einen Teil der Streikbrecher diente. Bisher hatten sie noch den Propst gepöbeln. In der Wirtschaft gerummelten sie Stühle, Tische, Lampen, Gläser und Geschirre. Das ging natürlich nicht ohne großen Lärm ab. Der Gemeindevorstand, der Frieden stiften wollte, mußte fliehen, ebenso die übrigen Anwesenden. Dann bedrängten die Böhmen nach der Dorfstraße und vertrieben hier weiter große Mengen Schnaps; fast sämtliche Häuser des Dorfes wurden durch Eisenstücke geräumt, wobei einem Deutschen, Berger, ein Stein gegen das Auge flog. Müller hat einen Schaden von über 180 Mk. gehabt. Die weißen Angeklagten waren junge Burschen. Der als Hühnerhändler bekannte Franz Kowatz aus Walschitz (geboren 1868) erhielt 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, Ladislaw Strach und August Prag (geboren 1886) 1 Jahr, Josef Hanousek aus Jitsch (geboren 1867) 8 Monate, Josef Sumarowitsch aus Oberitz (geboren 1869) 1 Jahr, Alois Karas aus Peritz (geboren 1886) 9 Monate, Adolf Karas aus Wiedenbrunn bei Prag 6 Monate, Stefan 1 Jahr 3 Monate, Wenzel Prates aus Geranow (geboren 1864) 10 Monate, Rudolf Kramert aus Prag (geboren 1891) 10 Monate, Johann Selva aus Prag (geboren 1886) 10 Monate, Anton Hanzer aus Prag (geboren 1887) 7 Monate wegen schweren Landfriedensbruchs. Wegen einfachen Landfriedensbruchs erhielt Robert Hajek aus Prag (geboren 1886) 4 Monate Gefängnis. Sämtliche Angeklagten wurden 2 Monate für die Unterhaltungsarbeiten angeordnet. Freigesprochen wurden Karl Winesch aus Prag (geboren 1886) und Josef Hajek aus Prag (geboren 1888). In der Urteilsbegleitung wurde angedeutet: „Jünglinge der Angeklagten sei ihre Jugend, ihre böhmische Unerschrockenheit in Betracht gekommen, ferner, daß sie angehalten waren und getrigt worden seien. In ihren Reden sei jedoch zu berücksichtigen gewesen, daß sie das Verbrechen in Deutschland (1) gänzlich unbekannt hätten; ferner die Unerschrockenheit ihrer Angehörigen, ihre Ansehlichkeit, die schweren Verbrechen, die einzelne Deutsche erlitten hätten. Ferner, daß sie den Frieden eines „wahrhaften Reiches“ gestiftet, die Deutschen gegängelt hätten und eben erst aus dem Ausland kamen.“ — Auch erklärten die Richter die Angeklagten für beständig, daß sie Streikbrecher und nicht Streikende waren. In diesen Fällen waren ihnen einige Jahre Gefängnis ferner gegeben.

Ein Streik des Gläubers

ist die von der großherzoglich böhmischen Staatsbank für die Landesbank verpfändete Forderung der Verpfändungen wegen Verfall und Landfriedens in Hessen im Jahre 1906. Es fanden in diesen Jahren 2109 rechtliche Verhandlungen statt, die sich auf die folgenden Monate und Jahreszeiten wie folgt verteilten:

Monat	Verhandlungen	Streikbrecher
Januar	259	326
Februar	266	920
März	288	768
April	137	457
Mai	142	458
Juni	110	367
Juli	117	377
August	145	469
September	112	373
Oktober	141	455
November	165	556
Dezember	277	694
Summe	2109	670

Wie wir hier schon bemerkt haben, gab es im vergangenen Wintermonate, also im Zeit der größten Arbeitslosigkeit, die auch die meisten Streikbrecher wegen Verfall und Landfriedens ergriffen (Dezember 1906, Januar 1907) nur 277 Verhandlungen, während sich diese in den Sommermonaten Juni (167) und Juli (177) mit dem Maximum September (277) fast verdoppelten. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß in Deutschland die Arbeitslosigkeit sich immer mehr ausbreitet und daß die Zahl der Streikbrecher immer mehr zunimmt.

dem wer zu seinem „Berggülden“ drücken umherstreift, wird dies wohl lieber zur schönen Sommerzeit und nicht in der Kälte, unter den Gefahren und Beschwerden des Winters tun —, sondern Arbeitsmangel und wirtschaftliche Not. Daß unsere Gesellschaft mit diesen buchstäblich „auf die Straße Geworfenen“ nichts Besseres anzufangen weiß, als sie in Gefängnisse und Armenhäuser zu stecken und sie damit für das Unrecht, das sie an ihnen begangen, noch einmal zu bestrafen, ist bezeichnend für sie. Mag unter den 2109 zu Gefängnis verurteilten und den im Jahre 1906 in Hessen nach Abkündigung ihrer Strafe in Arbeitshäusern untergebrachten 158 Personen auch mancher sein, dem Arbeit in der Tat nicht zu den Dingen gehört, die das Leben läßt machen, der größte Teil blüht unverschuldeterweise und mancher unter ihnen wird gerade erst durch die alles Ehrgefühl, Mut und Selbstvertrauen brechende Gefängnisstrafe zu dem, wofür er angeblich bestraft wird: zum berufsmäßigen Vagabunden.

Wohlfahrt bei Krupp.

Die Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen sind derart, daß sie selbst Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften Klagen ausprägen. In der Berliner Volkszeitung war vor kurzem zu lesen:

Bei Gelegenheit der Verheiratung von Fräulein Werta Krupp mit dem Herrn Legationsrat v. Bohlen-Halbach wurde die Mühseligkeit des jungen Paares in einem Teile der Presse über den grünen Klee gelobt und gefeiert. Neben den Stiftungen für Wohlfahrtszwecke wurden die Arbeiter der Krupp'schen Werke mit Geldgeschenken von 5 bis 10 Mk. bedacht. Diese Art von „Wohlmollen“ den Arbeitern gegenüber scheint aber einen Haken zu haben, denn die Arbeiter der Krupp'schen Werke sagen jetzt, daß ihnen diese Hochzeitgeschenke in Form von Vorkaufungen wieder genommen werden. In der Nähe von Duisburg befindet sich das große Krupp'sche Werk Friedrich-Alfredhütte. Dort sind den Arbeitern an einzelnen Hochzeiten 50 Pf. pro Tag vom bisherigen Lohne abgezogen worden. Auch in der Söhnenabkündigung erfolgte eine Lohnreduzierung um volle 20 Prozent. Die einmütige Stellungnahme der Arbeiter gegen diese Verschlechterung hat wenigstens erzielt, daß der Abzug auf 10 Prozent statt 20 Prozent ermäßigt wurde. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei der Tatsache, daß die Krupp'schen Werke im vergangenen Jahre einen Reinertrag von mehr als 20 Millionen Mark gebracht haben, verdient diese Lohnreduzierung entschieden die stärkste Verurteilung. Um so schlimmer wirkt sie aber unter dem Gesichtspunkt, daß erst den Arbeitern ein Geldgeschenk verabreicht wird, das kurz darauf wieder in Form von Vorkaufungen eingezogen wird. Das zeigt von wenig sozialem Verständnis. Allerdings ist anzunehmen, daß der jetzige Leiter der Werke, Herr Krupp v. Bohlen-Halbach, von diesen Dingen nichts weiß, und daß die Vorkaufungen von überzögerten Beamten, die in falscher Auffassung ihrer Stellung so handelten, vorgenommen worden sind. Aber das ändert nichts an der Tatsache selbst. Es erscheint daher doppelt nötig, diese Dinge in der Öffentlichkeit einer Kritik zu unterziehen. Eine willkommene Wahlparole lautet in jenem Wahlkreis der Sozialdemokratie gar nicht auf den Tisch fliegen; die Folgen werden sich schon zeigen. Die Arbeiter des Werkes führen aber auch bitter Klage über das Strafsystem. Vom 16. bis 31. Dezember sind am Hochofen nicht weniger als 35 Arbeiter insgesamt mit 168 Mk. bestraft worden. Für die Zeit vom 1. bis 12. Januar betrug die Zahl der Bestrafungen 21 Arbeiter mit rund 50 Mk. Diese Art Ordnung in sich einem großen Betrieb herrschen, das ist nicht anders möglich; daß aber damit harte Geldstrafen dazu führen, die Arbeitsleistung der Bestrauten zu erhöhen, wird bestritten. Nebenbei laufen noch zahlreiche andere Beschwerden der Arbeiter, so daß eigentlich von geordneten Zuständen auf der Friedrich-Alfredhütte nicht die Rede sein kann. Auch dem Werke ist ein Feindbrieff angehängt, der den Verleihen, deren Zahl schon auf Grund der Betriebsgefahr nicht gering ist, die erste Hilfe bei Unglücksfällen leisten muß. Das Verhalten dieses Feindbrieffs wird von den Arbeitern schon kritisiert, weil er den Vorgesetzten heranzieht und sein Amt nicht so versteht, wie es die Arbeiter erwarten zu dürfen glauben. Auch die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsarbeit werden nicht in genügender Weise beachtet. Bei solchen großen Firmen gelingt es leider auch der Gewerbeinspektion nicht immer, den geforderten Sorgfältigen Gehorsam zu verpassen, das ist jedenfalls bekannt. Die Arbeit der Gewerbeinspektion geht leider oft viel weiter, als es die Gesetze vorgegeben haben. Hier wird es Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein, zu versuchen, daß Herr v. Bohlen-Halbach von den Zuständen Kenntnis gegeben wird. Das ist freilich außerordentlich schwer. Da sind ja viel Zustände zu durchlaufen, ehe die Arbeiter oder ihre Vertreter an die zuständige Stelle gelangen können. Kritik, die ihn nicht erreicht, haben keine Wirkung. Es ist daher sehr der Weg der Öffentlichkeit gangbar.“

Der Bericht legt ganz klar, ebenso aber auch das angeführte Vermerk, das die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften in der Gewerkschaften haben im Verein mit den Christlichen oder Arbeiter, die sich Einträge zu halten. Denn die Jesuiten der Arbeitervereine in verschiedenen Organisationen ist ihre Schwäche gegenüber dem Großkapital, und aus dieser Schwäche gehen die Großkapitalisten ihren Vorteil. Grundbedingung ist der Aufschwung der freien Gewerkschaften so stetig und gemäßig, daß die Kirche und die Christlichen mehr und mehr an Bedeutung verlieren.

Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Arbeitslosigkeit.

Unser heutige ungenügende Arbeitsmarkt verfährt den von der Arbeiterseite nicht nur ihren Anteil an den Gütern und Früchten des Lebens, sondern sie führt ihnen auch dieses Leben selbst. Das ist eine bekannte Tatsache, obgleich Statistiken über die direkten Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit noch nicht vorhanden sind. Aber indirekt gibt uns die Statistik auch für diese Tatsache Beweise. Ein gewisses höheres Maß für die Verteilung der Arbeitslosigkeit eines Bezirks — sein geringerer oder höherer Prozentsatz an überfüllten Wohnungen. In Wien gilt eine Wohnung als überfüllt, wenn 4 und mehr Personen auf einen Raum wohnen. Wir geben uns in nachfolgendem nach einem Bericht des Wiener Statistisches über die Jahre 1897 bis 1899 eine Übersicht über die Arbeitslosigkeit in einer Anzahl Wiener Bezirke, die das Verhältnis von Wohnung und Arbeitslosigkeit charakterisiert:

Bezirk	Arbeitslosigkeit	Wohnung	Verhältnis
I.	0,81	94	2,2
IV.	1,11	141	4,1
VI.	1,59	145	4,7
IX.	1,61	143	5,1
III.	3,40	120	5,9
XV.	4,07	177	6,6
XIII.	5,06	212	8,0
XIX.	5,82	212	6,8
XIV.	6,26	212	8,8
XVI.	7,20	219	9,1
XVII.	8,28	215	9,9
X.	8,91	255	11,8

Mit der Arbeitslosigkeit eines Bezirks durch seine Wohnungsverhältnisse gehen die Arbeitslosigkeit mit dem Prozentsatz der überfüllten Wohnungen; je je in den letzten Bezirken dreimal so groß wie in den ersten. Und immer größer wird der Anteil, den die Arbeiter der Arbeitervereine, unter ihnen in erster Linie die Jesuiten, einnehmen, an den Arbeitslosen haben.

Ergebnisse des Arbeitsmarktes 1906.

Die gewerbliche Arbeitslosigkeit hat im Jahre 1906 eine fröhliche Entwicklung erfahren, wie sich aus der Zusammenfassung der Ergebnisse von Arbeitsmarktsberichten ergibt. Wenn die Ergebnisse gegenüber 1905 nicht ganz so günstig sind wie damals, so ist der Grund hierfür in der geringeren Zahl der Gewerkschaften in der zweiten Hälfte des Jahres zu suchen. Nach der Statistik der Reichsstatistik „Der deutsche Arbeitsmarkt“ werden im vergangenen Jahre 212 Gewerkschaften mit einem Kapital von 474 Millionen Mark gegründet gegen 191 Gewerkschaften mit 205 Millionen im Jahre 1905. Auch Gewerkschaften

geordnet ergibt sich folgendes Bild der neugegründeten Arbeitervereine in den beiden letzten Jahren:

Branchen	Jahr der Gründung	1905	1906	Millionen Kapital	1905	1906
Landwirtschaft, Viehzucht	1	4	2,0	6,5		
Bergbau, Hütten, Salinen	8	19	69,2	66,8		
Steine und Erden	17	18	20,9	12,9		
Metalle und Maschinen	15	34	26,4	58,2		
Chemische Industrie u.	24	29	29,9	34,1		
Elektrizitätsgewerbe	2	8	0,3	15,2		
Textilgewerbe	11	6	15,8	8,0		
Papier, Leder, Holz u. Schnitzstoffe	10	9	11,9	7,0		
Nahrungs- und Genussmittel	21	22	16,4	17,8		
Baugewerbe	26	25	49,1	44,6		
Graphische Gewerbe	1	2	1,0	1,4		
Banken	16	17	78,5	118,1		
Versicherungsgesellschaften	3	1	12,0	1,0		
Eisenbahnen	2	—	2,5	—		
Sonstige Transportanstalten	18	11	28,6	17,2		
Bergbau und Grubebau	5	4	7,5	0,8		
Diverse	18	14	20,1	27,8		

Thomas Alva Edison.

Am 10. Februar wird dieser berühmte Erfinder sein sechzigstes Lebensjahr vollendet haben. Er wurde am 10. Februar 1847 zu Milan in Ohio geboren und begann zunächst sein Brot zu verdienen, indem er auf den Eisenbahnen in Michigan und Kanada Zeitungen verkaufte. Bei dieser Gelegenheit rettete er einem Mädchen das Leben; wofür er von dessen Vater belohnt wurde. Nunmehr richtete er auf der Eisenbahn eine kleine Druckerei ein und begann, selbst eine kleine Zeitung, den Grand Trunk Herald, zu drucken. Darauf widmete er sich dem Telegraphenwesen und wurde Telegraphenbeamter in mehreren Orten. Als solcher erlangte er einen Translator zur automatischen Übertragung einer Depesche von einer Leitung auf die andere. 1868 erhielt er eine höhere Stellung im Telegraphenamt zu Boston. In den nächsten Jahren erlangte er verschiedene Verbesserungen des Telegraphen. Als smarter Amerikaner errichtete er in Newark eine Fabrik zur Anfertigung seiner Apparate. Diese gab er jedoch bald wieder auf und errichtete 1876 in Menlo Park bei New York sein weltberühmt genordenes Laboratorium, von wo seine Erfindungen (unter anderem das Mikrophon und der Phonograph) in die Welt gingen.

Über die Geschäftslage der elektrischen Industrie

im Dezember v. J. berichtet das Reichsarbeitsblatt: Der Geschäftsgang war in der elektrischen Industrie im allgemeinen befriedigend. Allerdings wird stellenweise, häufiger als im November, eine geringe Verschlechterung berichtet. Das Angebot an Arbeitskräften deckte im Berichtsmonat die Nachfrage. Die Arbeitsverhältnisse waren im allgemeinen normal, abgesehen von dem Streik in der Berliner Großfirma, der noch den ganzen Dezember hindurch währte. Die Nachfrage nach Dynamos, Elektromotoren, Transformator und Akkumulatoren war befriedigend, sie ließ sich teilweise, wie alljährlich, gegen Jahresende etwas nach. Nach der Mehrzahl der Berichte war die Beschäftigung aber besser als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Arbeitszeit blieb im allgemeinen normal, nur vereinzelt waren Überstunden nötig. Die Berichte aus der Fabrikation der Bleikabeln und isolierten Drähte lauten verschiedend. Besonders aus Süddeutschland wird ein hartes Nachlassen der Beschäftigung sowohl gegen den Vormonat als auch gegen die gleiche Zeit des Vorjahres gemeldet. Infolge der geringen Beschäftigung war Überflut an Arbeitskräften vorhanden. Durch Herabsetzung der Arbeitsdauer wurde die Arbeitszeit verkürzt. Aus Nordwestdeutschland wird hingegen aus einem großen Betrieb berichtet, daß die Beschäftigung andauernd günstig war, besser als im Dezember 1905. Hier waren sogar Überstunden erforderlich. In den Werken, die Isoliermaterial herstellen, war die Beschäftigung noch befriedigend, allerdings war der Eingang von Aufträgen teilweise etwas geringer als im November. Das Angebot an Arbeitskräften deckte die Nachfrage. Die Beleuchtungsindustrie dagegen war nach den Berichten andauernd gut beschäftigt. Nur ganz vereinzelt war geringe Überzeitarbeit erforderlich. Das Angebot an Arbeitskräften genügte der Nachfrage im allgemeinen, nur ein Betrieb klagte über Mangel an weiblichen Arbeitskräften. Die Nachfrage nach elektromechanischen Apparaten und ebenso nach elektrischen Meßinstrumenten war im allgemeinen befriedigend, häufig etwas besser als im Vorjahr zur gleichen Zeit. Verschieden lauten die Nachrichten aus den Telephon- und Telegraphenwerken. Einerseits wird eine Verbesserung gegen den Vormonat und gegen Dezember 1905 gemeldet, andererseits wird besonders im Vergleich zum Vorjahr von einer Verschlechterung berichtet. Abgesehen von sehr wenig Überstunden war die Arbeitszeit durchweg normal. Der Streik in dem Berliner Großbetrieb dauerte noch den ganzen Dezember fort. Die Nachfrage nach elektrischen und galvanischen Stöhlen war auch im Dezember lebhaft. Das Angebot an Arbeitskräften deckte im allgemeinen die Nachfrage. Arbeitszeit und Arbeitsverhältnis waren im wesentlichen normal.

Hirsch-Dunderiana.

„Fortgeschritte.“ Wir haben in voriger Nummer bemerkt, daß die Gleichheit und Konjunktur gewichtige Gründe haben, die Aufmerksamkeit auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu lenken, damit ihre Mitglieder sich nicht die „Fortgeschritte“ des Gewerkschaftsverbandes ansehen. Dazu hätten diese aber, besonders nach den Grundsatzprogrammen, die fortwährend im Regulator gemacht und von allen Agitatoren des Gewerkschaftsverbandes ohne Unterlass nachgeplappert werden, alle Ursache. Es geht eben trotz aller „Reformen“ — Anstellung zahlreicher Beamten und wiederholter Beitragsverhöhung bei Kürzung der Unterhaltungen — beim Gewerkschaftsverband nicht vorwärts. Auch die „vielen Übertritte“ aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, mit denen gekämpft wird, machen das Kraut nicht fett. Die Arbeiterbewegung hat aber in den letzten Jahren einen solchen Aufschwung genommen, daß doch auch der Gewerkschaftsverband etwas davon hätte profitieren müssen, wenn er eine Anziehungskraft bewirke. Wir wollen uns mit einigen Zahlen den „Fortschritt“ des Gewerkschaftsverbandes und Metallarbeiter nachweisen. Wir konstatieren es aber nicht Zahlen nach Gleichheit der Methode, sondern geben einfach die vom Gewerkschaftsverband selbst angegebenen Zahlen wieder. Der Gewerkschaftsverband zählte Ende 1905: 49.516 Mitglieder. Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlich Statistischen Bureaus im Reichsarbeitsblatt über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden betrug seine Mitgliederzahl:

Ende des ersten Quartals 1906:	50.831
= „ zweiten „:	52.963
= „ dritten „:	51.587
= „ vierten „:	49.412

Es ist also 1906 keine Vermehrung, sondern eine Verminderung von 1104 Mitgliedern eingetreten. Verfolgen wir die „Entwicklung“ des Gewerkschaftsverbandes zurück bis 1899, so finden wir, daß seine Zunahme für die Jahre 1899 mit 1901 4569, für die Jahre 1902 mit 1604 6282 betrug. Da die Mitgliederzahl Ende 1904 43.796 war, so erscheint für 1905 und 1906 eine Gesamtzunahme von 4616. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß im Oktober 1905 der Gewerkschaftsverband der Klempner mit 3346 Mitgliedern übergetreten ist. Zieht man diese Zahl von 4616 ab, so verbleibt eine reine Zunahme seit 1901 von 1270 Mitgliedern. Bei einem solchen „Fortschritt“ kann die Gleichheit und Konjunktur allerdings verächtlich auf den arbeitslosen Deutschen Metallarbeiter-Verband herabgesehen werden.

Vom Ausland.

Osterreich.

Arbeiter der Schiffbauwerften der Firma Wegmann in Puchera bei Tetschen sind am 28. Januar in den Streik getreten, da ihre Forderungen von der Firma abgelehnt wurden. Die Ausdehnung des Streiks auf andere böhmische Schiffbauwerften steht in Aussicht, da dort gleichfalls Forderungen eingereicht werden muß.

Bulgarien.

Sofia. In Bulgarien ist ein Eisenbahnerstreik ausgebrochen, worauf die Regierung alle Ausländer entließ. Ein großer Teil der Ausländer erhielt bereits die Einberufung als Reservisten und versieht unter militärischer Verwahrung den Dienst.

Frankreich.

In Neumont (Departement Nord) sind 1300 Stahlwerker in den Streik getreten. Im Januar 1906 sah die Zeitung des Stahlwerkes sich genötigt, den damals ebenfalls ausländigen Arbeitern eine Lohnaufbesserung von zehn Prozent zu gewähren.

England.

Die größte Stahlnadelfabrik der Welt, die sich in Birmingham befindet, produziert jetzt täglich 3700000 Stahlnadeln.

Russland.

Zu den Ausperrungen in Lodz. Das Lodzer sozialdemokratische Komitee hat sich an die Bevölkerung mit einem Aufruf gewandt, worin es zu einem Boykott der polnischen Waren aufruft.

Das Besten wurde den russischen Zeitungen am 25. Januar telegraphiert, daß sechs Lodzer Arbeiter ein Syndikat mit 200 Millionen Grundkapital und einem Arbeiterpersonal von 500000 Mann gebildet haben.

Mexiko.

Zu welchen Zuständen es führt, wenn unorganisierte und ungeschulte Arbeiter streiken, geht aus folgendem hervor: Nach Meldungen amerikanischer Blätter sind in verschiedenen Staaten Mexikos gegen 25000 Zentilarbeiter ausfindig, die in 53 Fabriken

beschäftigt waren. Es wird nichts darüber berichtet, was die Forderungen der Arbeiter sind. Wahrscheinlich ist es, daß die Lohnfrage eine Rolle in dem Kampfe spielt, denn die Löhne der mexikanischen Arbeiter sind derart niedrig, daß sie kaum zur Fröhen des Lebens ausreichen.

Es ist ja ein sehr bequemes Verfahren, über diese unglücklichen Arbeiter den Stab zu brechen, oder ihre „veraltete Streitakt“ zu verurteilen. Wir brauchen weder das eine noch das andere zu tun.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

Vorstand, Aufsicht und Schiedsgericht stellen gemeinsam folgende Anträge auf Statutenänderungen. § 3 Abs. 1. Der Ratte kann jeder in der Metallindustrie beschäftigte Arbeiter beitreten, welcher nicht älter als 40 Jahre ist.

Lagen erfolgen. Kann der Beitritt nicht stattfinden, so wird der deponierte Betrag zurückerstattet.

- Abf. 4. Den letzten Satz zu streichen. § 9 Abs. 4. Als Krankengeld wird, sofern die Krankheit mit Erwerbsunfähigkeit verbunden ist, gezahlt: I. Klasse pro Tag 2,50 Mk., pro Woche 15 Mk.

Abf. 5 folgende Fassung zu geben: „Für die ersten zwei Krankheitsstage wird in keinem Unterfallungsfall Krankengeld bezahlt.“

Der Vorstand. Abf. 1 zu ändern: „Das Krankengeld wird von dem dritten Tage an bezahlt, an welchem die durch ärztliches Zeugnis bescheinigte Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist.“

Der Vorstand. Abf. 6 folgende Fassung zu geben: „Das Krankengeld wird nur während eines Zeitraums von 52 Wochen, und zwar für die ersten 26 Wochen mit dem vollen, für die letzten 26 Wochen mit dem halben Betrag, bei Unterbrechungen innerhalb der ersten 52 Wochen nach dem Beitritt jedoch nur für 18 Wochen geleistet.“

Der Vorstand. Abf. 7 folgende Fassung zu geben: „It für 52 Wochen Krankengeld bezahlt, so tritt nach zwei Jahren, vom letzten Unterfallungstage an gerechnet, das Anrecht auf Krankengeld wieder ein.“

§ 11 Abs. 4. Die Worte: „in ihre Heimat“ zu streichen und dafür zu setzen: „nach einem anderen Orte.“

§ 12 Abs. 5. Vor dem letzten Satze einzuschalten: „In letzterem Falle kann von der Verbringung eines ärztlichen Attestes auf dem Erhebungs des letzten Krankengeldes oder auf Anfordern des Bevollmächtigten eine amtliche Bescheinigung von einer anderen Krankenkasse oder einer Heil- oder Verwerbsanstalt über die Art der Krankheit sowie die Dauer der Erwerbsunfähigkeit beibringt.“

Abf. 4 folgende Fassung zu geben: „Arbeitet sich innerhalb dreier Monate nach erfolgter amtlicher Bestätigung des Todes niemand“ u. s. w. wie Statut.

Zusammengerechnet werden nur die Krankheiten, welche zur Zeit des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen des Statuts bereits eingetreten sind und später eintreten.

Die Krankheiten, welche zur Zeit des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen des Statuts bereits eingetreten sind und später eintreten, eine frühere Krankheit kommt nur dann in Anrechnung, wenn innerhalb zwei Jahren, vom letzten Unterfallungstage ab gerechnet, eine Fortsetzung derselben eintritt.

Die Krankheiten, welche zur Zeit des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen des Statuts bereits eingetreten sind und später eintreten, eine frühere Krankheit kommt nur dann in Anrechnung, wenn innerhalb zwei Jahren, vom letzten Unterfallungstage ab gerechnet, eine Fortsetzung derselben eintritt.

Der Durchschnitt beträgt 232766,86 Mk. pro Jahr. Dieser Überschuss auf das im Jahre 1904 bezahlte Krankengeld verrechnet, würde eine Erhöhung desselben um 12,5 Prozent zulassen, während er für das Jahr 1905 eine Erhöhung um 14 Prozent zulassen würde.

Table with 3 columns: Year, Amount, and Percentage Increase. 1904: 113561,07 Mk.; 1905: 216106,16 Mk.; 1906: 338633,30 Mk. Total: 668300,53 Mk.

Table with 3 columns: Class, Rate per day, Rate per week. I. Klasse: 24 1/2 fache, 26 1/2 fache, 30 fache; II. Klasse: 24 fache, 26 fache, 30 fache; III. Klasse: 24 fache, 26 fache, 30 fache; IV. Klasse: 24 fache, 26 fache, 30 fache.

Die Zentralkasse der Arbeiter bezahlt vom 1. April 1907 ab das Krankengeld, vom 1. April 1908 ab eventuell das 24fache der Beiträge. Eine weitere Erhöhung des Krankengeldes, sei es direkt oder dadurch, daß schon vom ersten oder zweiten Tage an das volle Krankengeld bezahlt wird, darf nicht eintreten; sie würde sich schwer erheben.

